



UNIVERSITÄT
HEIDELBERG
ZUKUNFT
SEIT 1386

MITTEILUNGSBLATT DES REKTORS

Nr. 15 / 2019

Seite 1235 – Seite 1306

Ausgabedatum: 09.08.2019

INHALT

Erste Änderung der Geschäftsordnung der Referatekonferenz	S. 1237
Verfasste Studierendenschaft der Universität Heidelberg Neufassung der Beitragsordnung (BeitrO)	S. 1241
Verfasste Studierendenschaft der Universität Heidelberg Neufassung der Organisationsordnung	S. 1247

1237

Universität Heidelberg
Mitteilungsblatt Nr. 15 / 2019
09.08.2019

Erste Änderung der Geschäftsordnung der Referatekonferenz

vom 23. Juli 2019

Die Geschäftsordnung der Referatekonferenz vom 4. September 2018 (Mitteilungsblatt des Rektors vom 30. November 2018, S. 1247 ff.) wird durch Beschluss der Referatekonferenz vom 23. Juli 2019 wie folgt ergänzt:

Artikel 1

Nach § 14 Absatz 5 wird folgender Text eingefügt:

„III a. Geschäftsführender Ausschuss

§ 14 a Geschäftsführender Ausschuss

- (1) Die Referatekonferenz setzt einen geschäftsführenden Ausschuss („Präsidium“) ein. Er führt für und anstelle der Gesamt-Referatekonferenz das einfache Verwaltungsgeschäft.

- (2) Er ist zuständig für alle Personalangelegenheiten mit Ausnahme von Einstellungen, nicht nur geringfügige Vertragsänderungen und betriebsbedingten Kündigungen.

Die Referatekonferenz kann ihm des Weiteren insbesondere folgende Angelegenheiten übertragen:

1. Finanzangelegenheiten der Rechnungslegung, jährlichen Rechnungsprüfung, Prüfung durch den Rechnungshof, Entlastung, etc.,
2. Finanzverfahrensangelegenheiten, insbesondere allgemeine Verfahrensfragen, Klärung von Zuständigkeiten, Einhaltung der Haushaltsdisziplin, etc.,
3. Finanzanträge für den Verwaltungsbetrieb im StuRa-Büro bis 150 EUR und Ergänzung von Dauerbeschlüssen für diese Verwaltung,
4. Raumnutzung, -vergabe und -planung, Postfächer, Schränke, Küche, Einhaltung von Sicherheitsvorgaben, etc.,
5. redaktionelle und kleinste Verbesserungen und Änderungen an Beschlüssen der Referatekonferenz (bspw. wird eine finanzierte Veranstaltung nur später abgehalten).

(3) Ihm gehören an:

1. die beiden Vorsitzenden der Studierendenschaft,
2. ein*e Referent*in des Finanz-Referates oder, wenn Aufgaben nach Absatz 2 Satz 2 Nummer 1, 2 oder 3 übertragen werden, beide Finanzreferent*innen,
3. wenn Aufgaben nach Absatz 2 Satz 2 Nummer 3 oder 4 übertragen werden, ein*e Referent*in des EDV-Referates,
4. bis zu fünf weiteren Mitgliedern der Referatekonferenz. Die konkrete Anzahl bestimmt die Referatekonferenz.

Die Mitglieder zu Nummern 4 werden von der Referatekonferenz gewählt. Die Mitglieder zu den Nummern 3 und gegebenenfalls 2 werden durch die Referent*innen des entsprechenden Referates aus ihrer Mitte bestimmt; kommt keine Einigung zustande entscheidet die Referatekonferenz. Jedes Ausschussmitglied hat eine Stimme.

(4) Die Bestimmungen für die Gesamt-Referatekonferenz finden entsprechende Anwendung, nicht jedoch die §§ 4, 5 Absatz 1 bis 3, 10, 11, 13; anstelle der Mitglieder der Referatekonferenz treten die Ausschussmitglieder, die auch an den Sitzungen teilzunehmen haben (§ 4 Absatz 1 Satz 1). Die anderen Mitglieder der Referatekonferenz können jederzeit mit allen sonstigen Rechten an den Sitzungen (auch nicht-öffentlichen) teilnehmen und Einsicht in Unterlagen und Protokolle nehmen, jedoch nicht bei vertraulichen Personalangelegenheiten. Anfechtungen der Sitzungen sind nur durch Mitglieder der Referatekonferenz möglich.

(5) Beschlüsse des geschäftsführenden Ausschusses müssen von der Gesamt-Referatekonferenz in deren nächster Sitzung genehmigt werden. Hierzu werden der Gesamt-Referatekonferenz die angenommenen Beschlüsse vorgelegt. Eine Aussprache über die Punkte findet in der Regel nicht statt. Werden zu Beginn der Sitzung keine Einsprüche erhoben, gelten die Beschlüsse als genehmigt. Werden Einsprüche erhoben, so wird über die Genehmigung dieses Punktes abgestimmt.”

Artikel 2

Diese Änderung tritt mit ihrer Beschlussfassung in Kraft.

Heidelberg, den 23. Juli 2019

gez. C. Chiara Citro
Vorsitzende der Verfassten Studierendenschaft

Leon P. Köpfler
Vorsitzende der Verfassten Studierendenschaft

1240

Universität Heidelberg

Mitteilungsblatt Nr. 15 / 2019

09.08.2019

Verfasste Studierendenschaft der Universität Heidelberg Neufassung der Beitragsordnung (BeitrO)

Aufgrund von § 65 a Abs. 1 Satz 1, Abs. 5 Satz 2 bis Satz 5 des Gesetzes über die Hochschulen in Baden-Württemberg (Landeshochschulgesetz – LHG) vom 1. Januar 2005 in der Fassung der Änderung durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. März 2018 (GBl. S. 85) sowie § 17 Abs. 4 Organisationssatzung der Verfassten Studierendenschaft (OrgS) vom 17. April, 29. Mai, 16. Juli und 11. September 2018 (Mitteilungsblatt des Rektors S. 1145 ff.) geändert durch Beschluss des Studierendenrates vom 23. April 2019 hat der Studierendenrat (StuRa) der Universität Heidelberg am 7. Mai 2019 folgende Neufassung der Beitragsordnung beschlossen.

Das Rektorat der Universität Heidelberg hat die Beitragsordnung im Rahmen seiner Rechtsaufsicht am 3. Juli 2019 genehmigt.

Beitragsordnung der Verfassten Studierendenschaft der Universität Heidelberg (BeitrO)

Inhalt:

- § 1 Beiträge und Beitragszweck
- § 2 Beitragspflicht
- § 3 Fälligkeit
- § 4 Beitragshöhe
- § 5 Rückerstattung
- § 6 Inkrafttreten

Anlage zu § 4 Absatz 3

Anlage zu § 4 Absatz 4

§ 1 Beiträge und Beitragszweck

(1) Die Verfasste Studierendenschaft der Universität Heidelberg (VS) erhebt von ihren Mitgliedern gemäß § 65a Abs. 5 Satz 2 bis 5 LHG zur Erfüllung ihrer Aufgaben einen Beitrag (im Folgenden: Gesamtbeitrag). Der Gesamtbeitrag teilt sich in die drei Teilbeiträge, die in den folgenden Absätzen aufgeführt sind.

(2) Einen Teilbeitrag erhebt die VS zur selbstständigen Erfüllung ihrer Aufgaben (im Folgenden: VS-Beitrag).

(3) Zwei zweckgebundene Teilbeiträge erhebt die VS zur Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen, die sie ebenfalls im Rahmen der Erfüllung ihrer Aufgaben eingegangen ist. Dies sind

1. der Grundbeitrag für den Verkehrsverbund (im Folgenden: Semesterticketbeitrag) in der durch die bestehenden vertraglichen Konditionen bestimmten Höhe. Dieser dient insbesondere zur Sockelfinanzierung des Semestertickets und zur Finanzierung der Abend- und Wochenendregelung,
2. der Grundbeitrag für VRNnextbike (im Folgenden: nextbike-Beitrag) in der durch die bestehenden vertraglichen Konditionen bestimmten Höhe. Dieser dient insbesondere zur Finanzierung der Freifahrtzeiten.

§ 2 Beitragspflicht

(1) Beitragspflichtig für den Gesamtbeitrag gemäß § 1 Absatz 1 sind alle an der Universität Heidelberg immatrikulierten Studierenden (§ 60 Abs. 1 Satz 1 LHG), darin ausdrücklich eingeschlossen die immatrikulierten Doktorand*innen (§ 38 Abs. 5 Satz 1 LHG), sofern diese Ordnung nichts anderes bestimmt.

(2) *(Die Befreiung befristet eingeschriebener Studierender vom VS-Beitrag ist aufgehoben.)*

(3) Studierende mit Studienschwerpunkt an einer anderen Hochschule sind von der Zahlung des VS-Beitrags befreit, wenn an ihrer Hochschule eine öffentlich verfasste Studierendenvertretung besteht, an die sie einen vergleichbaren Beitrag von mindestens fünf Euro je Semester entrichten. Die Feststellung trifft das Finanz- und Haushaltsreferat.

(4) Studierende, die denselben Semesterticketbeitrag bzw. den nextbike-Beitrag an einer anderen Hochschule entrichten, sind von der Zahlung des Semesterticketbeitrags bzw. nextbike-Beitrags befreit. Entrichten sie an ihrer Hochschule einen anderen Semesterticketbeitrag, der nicht dieselben Leistungen mit sich bringt, so sind sie zur Entrichtung des hier bestehenden Semesterticketbeitrags verpflichtet. Das Finanz- und Haushaltsreferat kann bestimmen, dass Studierende nach vorstehendem Satz von der Zahlung des Semesterticketbeitrags ganz oder teilweise befreit sind, insbesondere, wenn der Verkehrsverbund auf den Anspruch verzichtet oder ein Teilbeitrag des Semesterticketbeitrages an der anderen Hochschule entrichtet wird (beispielsweise gleiche Sockelfinanzierung des Semestertickets aber Finanzierung der Abend- und Wochenendregelung für einen anderen Bereich) und eine teilweise Erhebung organisatorisch möglich ist.

§ 3 Fälligkeit

(1) Der Gesamtbeitrag nach § 1 Absatz 1 wird zusammen mit dem Immatrikulationsantrag bzw. mit Beginn der Frist für die Rückmeldung zum bevorstehenden Semester fällig und ist in der von der Universität Heidelberg bekannt gemachten Form einzuzahlen, ohne dass es eines Beitragsbescheides bedarf.

(2) Der Gesamtbeitrag wird gemäß § 65a Abs. 5 Satz 6 LHG von der Universität Heidelberg unentgeltlich eingezogen.

§ 4 Beitragshöhe

- (1) Der Gesamtbeitrag je Semester ergibt sich aus der Summe der Teilbeiträge (Absatz 2, 3 und 4). Er wird vom Finanz- und Haushaltsreferat festgestellt.
- (2) Der VS-Beitrag beträgt sieben Euro und fünfzig Cent je Semester¹.
- (3) Der Semesterticket-Beitrag wird in seiner Höhe durch die entsprechenden, mit dem Verkehrsverbund geschlossenen und von den Organen der VS ordnungsgemäß genehmigten Verträgen bestimmt und ist in der Anlage festgehalten.
- (4) Der nextbike-Beitrag wird in seiner Höhe durch die entsprechenden, mit nextbike geschlossenen und von den Organen der VS ordnungsgemäß genehmigten Verträgen bestimmt und ist in der Anlage festgehalten.

§ 5 Rückerstattung

- (1) Die Vorschriften des § 12 Absatz 3 Satz 1 LHGebG finden auf den Gesamtbeitrag, der an die VS zu entrichten ist, entsprechend Anwendung.
- (2) Schwerbehinderten Studierenden, die wegen ihrer Behinderung zur kostenlosen Benutzung des öffentlichen Personennahverkehrs berechtigt sind, wird auf Antrag und gegen Nachweis der Beitragsanteil Semesterticketbeitrag zurückerstattet.

¹ Anmerkung: Die interne Aufteilung und Verwendung dieses Beitrags wird ausschließlich in der Finanzordnung bestimmt.

(3) Wer aufgrund körperlicher Beeinträchtigungen nicht Rad fahren kann, wird auf Antrag und gegen Nachweis der Beitragsanteil nextbike-Beitrag zurückerstattet. Wem der Semesterticketbeitrag nach Absatz 2 zurückerstattet wird, wird zugleich der nextbike-Beitrag zurückerstattet. Ein gesonderter Antrag ist dann nicht notwendig.

(4) Wer gemäß § 2 Absatz 2 oder 3 zur Zahlung eines Teilbetrages nicht oder nur teilweise verpflichtet ist und von dem dieser dennoch eingezogen wurde, dem wird dieser Teil auf Antrag und gegen Nachweis zurückerstattet.

(5) Der Antrag auf Rückerstattung nach den Absätzen 2 bis 4 ist an das Finanzreferat der Verfasste Studierendenschaft zu richten (Albert-Ueberle-Straße 3-5, 69120 Heidelberg). Die Frist des § 12 Absatz 3 Satz 1 LHGebG gilt entsprechend.

§ 6 Inkrafttreten

Diese neu gefasste Beitragsordnung tritt am 1. April 2019 in Kraft; zugleich tritt die bisherige Beitragsordnung und alle entgegenstehenden Bestimmungen außer Kraft.

1246

Universität Heidelberg
Mitteilungsblatt Nr. 15 / 2019
09.08.2019

Anlage zu § 4 Absatz 3

Der Semesterticket-Beitrag beträgt:	
für das Sommersemester 2019	25,80 EUR
ab dem Wintersemester 2019/20	35,30 EUR

Anlage zu § 4 Absatz 4

Der nextbike-Beitrag beträgt:	
für das Sommersemester 2019	2,40 EUR
ab dem Wintersemester 2019/20	2,45 EUR

Heidelberg, den 16. Mai 2019

gez. Chiara Citro Leon P. Köpfler
Vorsitzende der Verfassten Studierendenschaft

Verfasste Studierendenschaft der Universität Heidelberg Neufassung der Organisationssatzung

Auf Grund von § 65 a Absatz 1 Landeshochschulgesetz vom 1. Januar 2005 (GBl. S. 1 ff.) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 13. März 2018 (GBl. S. 85) und § 17 Absatz 6 Organisationssatzung der Verfassten Studierendenschaft vom 9. Januar, 8. Mai, 5. Juni, 3. und 17. Juli 2018 (Mitteilungsblatt des Rektors, S. 1145 ff.) hat der Studierendenrat der Universität Heidelberg am 23. April 2019 die nachfolgende Neufassung der Organisationssatzung beschlossen.

Das Rektorat der Universität Heidelberg hat die Satzung am 3. Juli 2019 genehmigt.

Organisationssatzung der Verfassten Studierendenschaft der Universität Heidelberg

Präambel

Wir als Studierende der Ruprecht-Karls Universität Heidelberg geben uns diese Satzung für die Verfasste Studierendenschaft. Wir tun dies in der Überzeugung einer unverzichtbaren Einheit von Lehre und Forschung, im Bewusstsein unserer gesellschaftlichen Verantwortung als Akteur*innen des Wissenschaftsbetriebs und als Mitglieder einer sich wandelnden Gesellschaft. In diesem Sinne geben wir, die Studierenden der Ruprecht-Karls Universität Heidelberg, uns folgende Satzung, um uns nach sechsunddreißig Jahren staatlich verordneter Sprachlosigkeit als Verfasste Studierendenschaft zu konstituieren.

Die Verfasste Studierendenschaft der Universität Heidelberg vertritt durch ihre Organe die Interessen der Studierenden innerhalb wie außerhalb der Universität. Interessen, Bedürfnisse und Wünsche der Studierenden müssen in den Organen der Verfassten Studierendenschaft berücksichtigt und ernsthaft diskutiert werden. Grundlegend für ihre Arbeit sind Toleranz, Partizipation und Inklusion. Um diesen Aufgaben gerecht zu werden, wirkt sie bestehenden gesellschaftlichen Benachteiligungen von Studierendengruppen aktiv entgegen.

I Allgemeines

§ 1 Grundlagen

- (1) Alle immatrikulierten Studierenden der Universität Heidelberg sind Mitglieder der Verfassten Studierendenschaft (nachfolgend Studierendenschaft oder VS) und sind aufgerufen, aktiv an ihrer Arbeit teilzuhaben.

- (2) Die Studierendenschaft verschreibt sich demokratischen Prinzipien. Sie arbeitet überparteilich, lehnt jede Form von Diskriminierung ab und arbeitet aktiv gegen derartige Tendenzen.

- (3) Die studentischen Vertreter*innen der Verfassten Studierendenschaft in den Gremien der Universität sind den Organen der Verfassten Studierendenschaft rechenschafts- und berichtspflichtig. Alle studentischen Mitglieder in den Gremien der Universität sind gehalten, den Beschlüssen der Organe der Studierendenschaft zu folgen. § 10 Absatz 2 LHG bleibt jedoch unberührt.

- (4) Zur Finanzierung der Aufgaben der Studierendenschaft werden von den Studierenden Beiträge unter Berücksichtigung sozialer Gesichtspunkte erhoben. Darüber hinaus kann die Studierendenschaft finanzielle Zuwendungen, insbesondere der Universität, erhalten. Näheres regeln die Beitrags- und die Finanzordnung.

§ 2 Aufgaben

(1) Die Studierendenschaft verwaltet ihre Angelegenheiten im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen selbst. Sie hat gemäß § 65 Absatz 2 LHG unbeschadet der Zuständigkeit der Universität und des Studierendenwerkes die folgenden Aufgaben:

1. die Wahrnehmung der hochschulpolitischen, fachlichen und fachübergreifenden sowie der sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Belange der Studierenden,
2. die Mitwirkung an den Aufgaben der Universität Heidelberg nach §§ 2 bis 7 LHG,
3. die Förderung der politischen Bildung und des staatsbürgerlichen Verantwortungsbewusstseins der Studierenden,
4. die Förderung der Gleichstellung und den Abbau von Benachteiligungen innerhalb der Studierendenschaft,
5. die Förderung der sportlichen Aktivitäten der Studierenden,
6. die Pflege der überregionalen und internationalen Studierendenbeziehungen sowie die Förderung der Integration ausländischer Studierender.

(2) Zur Erfüllung ihrer Aufgaben ermöglicht die Studierendenschaft den Meinungsaustausch in der Gruppe der Studierenden und kann insbesondere auch zu solchen Fragen Stellung beziehen, die sich mit der gesellschaftlichen Aufgabenteilung der Universität Heidelberg, ihrem Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung sowie mit der Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse und der Abschätzung ihrer Folgen für die Gesellschaft und die Natur beschäftigen (§ 65 Absatz 3 LHG).

(3) Im Rahmen der Erfüllung ihrer Aufgaben nimmt die Studierendenschaft – im Rahmen der Gesetze – ein politisches Mandat wahr.

§ 3 Organe der Studierendenschaft

- (1) Die zentralen Organe der Studierendenschaft sind:
 1. der Studierendenrat (StuRa) als legislatives Organ, mit der Sitzungsleitung als Teilorgan,
 2. die Referatekonferenz (RefKonf) als exekutives Organ, mit dem Vorsitz und den einzelnen Referaten als Teilorgane,
 3. die Schlichtungskommission (SchliKo),
 4. der Wahlausschuss als unabhängiges Wahlorgan.

- (2) Die dezentralen Organe der Studierendenschaft sind:
 1. die Fachschaftsvollversammlungen,
 2. die Fachschaftsräte,
 3. weitere, soweit in Anhang D dieser Organisationssatzung vorgesehen.

- (3) Die Organe tagen öffentlich, soweit gesetzliche Bestimmungen nicht entgegenstehen und die Organisationssatzung keine andere Regelung vorsieht oder zulässt.

- (4) Die Organe können sich Geschäftsordnungen geben. Die Geschäftsordnung des Studierendenrates findet auf seine Ausschüsse und Kommissionen entsprechend Anwendung, sofern diese keine eigene Geschäftsordnung haben. Gleiches gilt für die dezentralen Organe nach Absatz 2.

§ 4 Mitgliedschaft in Zusammenschlüssen von Studierendenschaften

(1) Die Studierendenschaft der Universität Heidelberg ist Teil der landesweiten Vertretung der Studierendenschaften der Hochschulen des Landes Baden-Württemberg nach § 65 a Absatz 8 LHG.

(2) Über den Eintritt in und den Austritt aus regionalen, landes-, bundes- oder europaweiten oder internationalen Verbänden von Studierendenschaften bzw. anderen Organisationen, entscheidet der Studierendenrat mit einfacher Mehrheit.

II Urabstimmung (UA)

§ 5 Zweck der Urabstimmungen

Die Urabstimmung ermöglicht die Befragung aller Studierenden zu einer Sachfrage und sollte insbesondere für bedeutende Entscheidungen genutzt werden.

§ 6 Zustandekommen der Urabstimmungen

(1) Eine Urabstimmung findet statt

1. auf Beschluss des Studierendenrats mit absoluter Mehrheit,
2. auf Antrag eines oder mehrerer Mitglieder der Studierendenschaft unter den in den folgenden Absätzen genannten Voraussetzungen.

(2) Der Antrag auf eine Urabstimmung ist schriftlich mit Unterschriften von mindestens einem Zwanzigstel der Mitglieder der Studierendenschaft beim Wahlausschuss einzureichen.

(3) Der Wahlausschuss gibt Vordrucke für Unterschriftenlisten für die Urabstimmungen aus, welche fälschungssicher sein sollen.

- (4) Die Ausgabe der Unterschriftenlisten sowie das genaue Übergabedatum werden von einem Mitglied des Wahlausschusses und dem / der / den antragstellenden Studierenden per Unterschrift bestätigt.
- (5) Die Unterschriftenlisten müssen in den auf diesen Zeitpunkt folgenden sechs Wochen unterschrieben und beim Wahlausschuss eingereicht werden.
- (6) Ist das Quorum von einem Zwanzigstel nicht erreicht, haben aber mindestens ein Hundertstel der Mitglieder der Studierendenschaft unterschrieben, so muss der Studierendenrat sich mit dem Thema der Urabstimmung befassen und über die Durchführung der entsprechenden Urabstimmung beschließen.
- (7) Der Wahlausschuss prüft – abgesehen von der Unterschriften-liste die formellen Voraussetzungen des Antrags und entscheidet über die Zulassung der Urabstimmung.
- (8) Die Antragstellenden können bei einer Ablehnung der Zulassung der Urabstimmung durch den Wahlausschuss die Schlichtungskommission anrufen, diese entscheidet endgültig und verbindlich.

§ 7 Organisation und Ablauf der Urabstimmung

- (1) Eine Urabstimmung muss in der Vorlesungszeit stattfinden.

- (2) Die Urabstimmung findet an den von dem*der Vorsitzenden des Wahlausschusses festzusetzenden Tagen statt. Der erste Abstimmungstag muss mindestens vier Wochen nach Zulassung des Antrages (§ 6 Absatz 7) liegen und muss aber zeitnah durchgeführt werden. Der / die antragstellende*n Studierenden ist / sind zu hören. Eine Zusammenlegung der Urabstimmung mit anderen Wahlen der Studierendenschaft oder der akademischen Selbstverwaltung soll angestrebt werden.

- (3) Vor der Urabstimmung organisiert das für den Themenbereich zuständige Referat der Urabstimmung mindestens eine Urversammlung für alle Studierende. An ihrer Vorbereitung und Durchführung sind gegebenenfalls die Antragstellenden der Urabstimmung zu beteiligen. Die Urversammlung dient der Information und dem Meinungsaustausch der Studierenden über das Thema, das zur Urabstimmung gestellt werden soll.

- (4) Näheres bestimmt die Wahlordnung.

§ 8 Beschlüsse der Urabstimmung

(1) Ein Beschluss durch eine Urabstimmung kommt zustande, wenn mehr Abstimmende die Vorlage angenommen als abgelehnt haben und die Zahl der Abstimmenden mindestens ein Zehntel der Stimmberechtigten beträgt.

(2) Der Beschluss einer Urabstimmung ist für die Studierendenschaft und ihre Organe bindend, wenn sie nicht in folgenden von § 65 LHG aufgeführten Bereichen Vorgaben macht:

1. Haushalts- und Wirtschaftsplan,
2. Satzungen, ausgenommen der Organisationssatzung,
3. grundsätzliche Angelegenheiten.

Bei Uneinigkeit darüber, ob eine grundsätzliche Angelegenheit vorliegt, entscheidet die Schlichtungskommission.

(3) Der Beschluss einer Urabstimmung kann innerhalb von vier Jahren nur von einer weiteren Urabstimmung oder vom Studierendenrat mit einer Mehrheit von zwei Drittel in zwei aufeinanderfolgenden Sitzungen wieder aufgehoben werden.

(4) Ein bindender Beschluss der Urabstimmung hebt ihm widersprechende Beschlüsse anderer Organe der Studierendenschaft auf.

(5) Beschlüsse aller anderen Organe, die durch Beschluss aus einer Urabstimmung außer Kraft gesetzt werden sollen, werden nicht vollzogen, sobald die Urabstimmung in Bezug auf diese Angelegenheit vom Wahlausschuss zugelassen ist und der Vollzug nicht rechtlich zwingend ist.

III Fachschaften

§ 9 Allgemeines

(1) Die Studierenden einer Fakultät bilden eine Fachschaft nach § 65a Absatz 4 LHG, im Folgenden Fakultätsfachschaft genannt. Die Zugehörigkeit zur Fakultätsfachschaft richtet sich danach, für welche Fakultät die Studierenden gemäß § 22 Absatz 3 LHG als Mitglieder wählbar und wahlberechtigt sind.

(2) Universitätsweit gliedert sich die Studierendenschaft auf Fachebene in Studienfachschaften. Diese können auch standortorientiert, fachübergreifend oder fakultätsübergreifend gebildet werden. Gibt es in einer Fakultät nur eine Studienfachschaft ist sie zugleich Fakultätsfachschaft.

§ 10 Fakultätsfachschaften

(1) Die Studienfachschaften einer Fakultät können gemeinsam auf Fakultäts-ebene Strukturen für die Fakultätsfachschaft bilden. Um dem Studierendenrat für die Fakultätsfachschaft Satzungen und Ordnungen vorzulegen, bedarf es der Zustimmung aller Studienfachschaften dieser Fakultät. Die Zustimmung muss vom zuständigen Organ der Studienfachschaft mit einer Mehrheit von zwei Dritteln erteilt werden.

(2) Im Rahmen dieser Ordnungen ist zu regeln, wie studentische Vertreter*innen im Fakultätsrat nach § 65 a Absatz 6 LHG benannt werden. Kommt eine solche Ordnung nicht zustande, entscheidet der Studierendenrat über die Vertreter*innen.

(3) Etwaige Organe, deren Aufgaben und Struktur sind im Anhang D dieser Organisationssatzung aufzuführen.

§ 11 Studienfachschaften

- (1) Die Studienfachschaft vertritt durch ihre Organe (§§ 12 und 13) die Belange der Studierendenschaft gemäß § 65 Absatz 2 LHG auf Ebene der Fächer.
- (2) In einer Liste in Anhang B dieser Organisationssatzung wird festgehalten, die Studierenden welches Studienganges von welcher Studienfachschaft vertreten werden. Einer Studienfachschaft soll hierbei mindestens ein Studiengang mit Hauptfachcharakter zugeordnet werden.
- (3) Die Studienfachschaft stellt in der Regel die VS-Vertreter*innen der Gremien im Bereich der von ihr vertretenen Fächer.
- (4) Für Studienfachschaften gelten die Regelungen nach Anhang C dieser Organisationssatzung. Abweichende Regelungen für bestimmte Studienfachschaften sind in Anhang D aufgeführt. Für die Konstitution gilt das Verfahren nach Anhang A dieser Satzung.
- (5) Organe der Studienfachschaft sind mindestens die Fachschaftsvollversammlung und der Fachschaftsrat.

§ 12 Fachschaftsvollversammlung

- (1) Die Fachschaftsvollversammlung ist die Versammlung der Mitglieder einer Studienfachschaft.
- (2) Die gefassten Beschlüsse sind bindend für den Fachschaftsrat.
- (3) Fachschaftsvollversammlungen müssen unverzüglich vom Fachschaftsrat einberufen werden:
 1. auf Antrag eines Drittels der Mitglieder des Fachschaftsrates
oder
 2. auf schriftlichen Antrag von einem Hundertstel der Mitglieder der Studienfachschaft.
- (4) Die Einberufung einer Fachschaftsvollversammlung muss öffentlich und in geeigneter Weise sowie ortsüblich bekannt gemacht werden.
- (5) Näheres regelt Anhang C bzw. Anhang D dieser Organisationssatzung.

§ 13 Fachschaftsrat

- (1) Der Fachschaftsrat ist das von den Mitgliedern der Studienfachschaft gewählte Vertretungsorgan. Er nimmt die Interessen der Mitglieder der Studienfachschaft wahr und vertritt diese innerhalb der Studierendenschaft, sowie gegenüber der Universität und in der Gesellschaft.
- (2) Alle Mitglieder der Studienfachschaft sind wahlberechtigt, ausgenommen derer nach § 60 Absatz 1 Satz 5 LHG. Jede*r Studierende ist nach Maßgabe der Wahlordnung in einer Studienfachschaft wählbar. Es findet eine Personenwahl statt.

- (3) Der Fachschaftsrat hat mindestens zwei Mitglieder.

- (4) Der Fachschaftsrat nimmt das Vorschlagsrecht der Studienfach-schaft bezüglich der Verteilung der Qualitätssicherungsmittel wahr, sofern durch Satzung nichts anderes bestimmt ist.

- (5) Die Amtszeit der Fachschaftsräte soll mindestens ein volles Semester betragen und maximal drei davon. Sie beginnt entweder am 1. April oder am 1. Oktober eines Jahres.

- (6) Näheres regelt Anhang C bzw. Anhang D dieser Organisationssatzung und ergänzend dazu die Wahlordnung.

§ 14 Entsendung in den Studierendenrat; Kooperationen

- (1) Die Mitglieder der Studienfach-schaft wählen die Vertreter*innen der Studienfach-schaft im Studierendenrat direkt. Alternativ entsendet der Fachschaftsrat die Vertreter*innen der Studienfach-schaft in den Studierendenrat. § 13 Absatz 2 gilt entsprechend. Näheres regelt Anhang C bzw. Anhang D dieser Organisationssatzung und ergänzend dazu die Wahlordnung

- (2) Studienfach-schaften können sich zur Führung einer gemeinsamen Stimme im Studierendenrat oder anderen Gremien in Kooperationen zusammenschließen. Hierbei führt eine Studienfach-schaft die Stimme.

(3) Die Bildung einer Kooperation für den Studierendenrat erfolgt durch eine Vereinbarung der beteiligten Studienfachschaften. Diese muss mindestens enthalten:

1. die Namen der beteiligten Studienfachschaften,
2. eine Regelung, welche Studienfachschaft die Stimme führt und ob, wenn der*die Vertreter*in dieser stimmführenden Studienfachschaft verhindert ist, auch dieselbe Studienfachschaft eine*n Stellvertreter*in benennt oder einer anderen Studienfachschaft dieses Recht zusteht,
3. Datum und Unterschriften von jeweils mindestens einem Fachschaftsratsmitglied jeder beteiligten Studienfachschaft.

Diese Kooperationsvereinbarung muss von den Fachschaftsvollversammlungen aller beteiligten Studienfachschaften beschlossen worden sein. Sie muss dem Studierendenrat mitsamt den Fachschaftsvollversammlungs-Protokollen über die Genehmigung der Vereinbarung bis zwei Wochen vor der Frist zur Einreichung der Wahlvorschläge für den Studierendenrat angezeigt werden. Die Kooperationen werden zum Beginn der nächsten Legislaturperiode wirksam (§ 23 Absatz 2).

(4) Kooperationen gelten, bis eine Fachschaft austritt. Der Austritt ist von der Fachschaftsvollversammlung zu beschließen. Austritte (und damit die Auflösung der Kooperation) werden erst zum Beginn einer Legislaturperiode (§ 23 Absatz 2) gültig. Austritte müssen dem Studierendenrat bis zwei Wochen vor der Frist zur Einreichung der Wahlvorschläge für die Wahl zum Studierendenrat angezeigt werden und sind durch das Protokoll der Fachschaftsvollversammlung nachzuweisen.

(5) Studienfachschaften oder Kooperationen von Studienfachschaften müssen mindestens hundert Studierende vertreten, um ein Stimmrecht im Studierendenrat zu erhalten.

§ 15 Aktive und passive Studienfachschaften

- (1) Studienfachschaften erhalten einen aktiven Status und damit Stimmrecht im Studierendenrat mit der zweiten Teilnahme ihrer*ihres Vertreter*in an einer Studierendenratssitzung im laufenden Semester.
- (2) Studienfachschaften, die im vorangegangenen Semester nach Absatz 1 als aktiv galten, sind im folgenden Semester ebenfalls aktiv.
- (3) Eine Studienfachschaft, deren Vertreter*in, an der letzten Sitzung des vorausgehenden Semesters teilgenommen hat, erlangt mit der Teilnahme an der ersten Sitzung im darauffolgenden Semester den aktiven Status.
- (4) Sofern die stimmführende Studienfachschaft einer Kooperation den aktiven Status besitzt, gelten auch alle anderen Studienfachschaften der Kooperation als aktiv.
- (5) Die Sitzungsleitung des Studierendenrates führt eine Liste über die Anwesenheit der Studienfachschaften in den Sitzungen.

IV Hochschulgruppen und studentische Initiativen

§ 16 Hochschulgruppen und studentische Initiativen

- (1) Studierende können sich in Hochschulgruppen und/oder studentischen Initiativen organisieren.
- (2) Die Studierendenschaft und ihre Referate unterstützen die Hochschulgruppen und studentischen Initiativen, sofern diese im Sinne der Prinzipien der Studierendenschaft arbeiten. Über die Art der Unterstützung entscheidet das zuständige Organ der Studierendenschaft auf Antrag.

V Studierendenrat (StuRa)

§ 17 Allgemeines und Aufgaben

- (1) Der Studierendenrat ist das „legislative Organ“ der Verfassten Studierendenschaft gemäß § 65a Absatz 3 Satz 2 LHG.
- (2) Der Studierendenrat ist auf zentraler Ebene für alle Angelegenheiten der Studierendenschaft nach § 2 dieser Satzung zuständig, insbesondere für:
1. Einrichtung und Aufhebung von Referaten, Wahl und Abwahl der Referent*innen und der Vorsitzenden der Studierendenschaft,
 2. Wahl und Abberufung der Vertreterin / des Vertreters der VS im Senat (§ 65a Absatz 6 Satz 2 LHG),
 3. Wahl und Abwahl der Mitglieder der in dieser Organisations-satzung oder in anderen Satzungen vorgesehenen Ausschüssen und Kommissionen der Studierendenschaft,
 4. Wahl und Abberufung von studentischen Vertreter*innen in Gremien auf zentraler und dezentraler Ebene (sofern dieses Recht nicht von Fakultäts- oder Studienfachschaften wahrgenommen wird) der Universität Heidelberg, des Studierendenwerks, der Stadt, soweit hierzu keine direkten Wahlen stattfinden oder von anderen Organen gewählt wird,

5. Einreichen von Vorschlägen insbesondere für studentische Mitglieder in Kommissionen und Ausschüssen des Senates oder anderer Organe (§ 65 a Absatz 6 Satz 1 LHG); wenn dem Studierendenrat kein Wahlrecht nach Nr. 4 zufällt und sofern gesetzlich nichts Anderes bestimmt,
6. die Zusammenarbeit mit studentischen Vertretungen anderer Hochschulen (siehe auch § 4),
7. die Abgabe von weitreichenden und bedeutenden Stellungnahmen und Anträgen gegenüber der Universität, dem Studierendenwerk, der Regierung und dem Gesetzgeber oder der Öffentlichkeit,
8. Beschlüsse über die Unterstützung studentischer Gruppen und Initiativen und die Art der Unterstützung, sofern nicht dezentral einzelne Studien- oder Fakultätsfachschaften oder auf zentraler Ebene Referate zuständig sind.

(3) Er beschließt, ob ein Haushaltsplan nach § 106 LHO oder ein Wirtschaftsplan im Sinne des § 110 LHO geführt wird und beschließt diesen.

(4) Er beschließt Satzungen der Studierendenschaft einschließlich der Änderungen dieser Organisationssatzung und ihrer Anhänge in den in Abschnitt VIII festgelegten Verfahren.

§ 18 Zusammensetzung

(1) Dem Studierendenrat gehören an:

1. die Vertreter*innen der Studienfachschaften und Kooperationen von Studienfachschaften nach (§ 19),
2. die in universitätsweit gewählten Listenvertreter*innen (§ 20),
3. die Mitglieder der Referatekonferenz (§ 29 Absätze 1 und 2).

Alle diese Mitglieder besitzen Stimmrecht bei Verfahrens- und Geschäftsordnungsangelegenheiten.

(2) Ordentliches Stimmrecht besitzen grundsätzlich:

1. die Vertreter*innen der aktiven (§ 15) Studienfachschaften und Kooperationen von Studienfachschaften (§ 19),
2. die in universitätsweiten Wahlen gewählten Listenvertreter*innen (§ 20).

Die ordentlich stimmberechtigten Mitglieder sind alleine befugt, in allen Angelegenheiten zu stimmen, die über Verfahrens- und Geschäftsordnungsangelegenheiten hinausgehen. Die Zahl der momentan (beachte Absatz 3) ordentlich Stimmberechtigten ist alleine maßgebend für die Beschlussfähigkeit und die Berechnung von Mehrheiten anhand der Mitgliederzahl.

(3) Der Studierendenrat kann ordentlich stimmberechtigten Mitgliedern ihr ordentliches Stimmrecht und daraus resultierende Mitgliedschaftsrechte im Studierendenrat aberkennen, wenn sie an der Sitzung nicht teilnehmen und dies bereits in der letzten Sitzung der Fall war. Hierfür gilt jedoch ein Mitglied, dessen Stellvertreter*in anwesend war/ist als Teilnehmer*in. Der Beschluss hat sofortige Wirkung. Das Mitglied erlangt seine Rechte wieder durch formlosen Antrag an die Sitzungsleitung des Studierendenrates (konkludentes Handeln genügt – bspw. Sitzungs-teilnahme).

§ 19 Vertreter*innen der Studienfachschaften und Kooperationen

(1) Die Wahl der Vertreter*innen der Studienfachschaften, die Bildung von Kooperationen und die Bestimmung derer Vertreter*innen bestimmt sich nach § 14. Die gewählten Vertreter*innen sind der Sitzungsleitung des Studierendenrates mitzuteilen. Näheres regelt die Geschäftsordnung.

- (2) Eine Studienfachschaft oder Kooperation, die
1. bis einschließlich vier vom Hundert aller Studierenden vertritt, erhält einen Sitz,
 2. bis einschließlich acht vom Hundert aller Studierenden vertritt, erhält zwei Sitze,
 3. mehr als acht vom Hundert Studierenden vertritt, erhält drei Sitze.

§ 20 Wahl der Listenvertreter*innen zum Studierendenrat

(1) In einer universitätsweiten Wahl werden nach den Grundsätzen der Verhältniswahl Listenvertreter*innen in den Studierendenrat gewählt.

(2) Die Gesamtzahl der Sitze für die Listenvertreter*innen ist abhängig von der Wahlbeteiligung bei der Wahl. Liegt die Wahlbeteiligung bei null vom Hundert, so werden keine Sitze vergeben. Ab einer Wahlbeteiligung von fünfzig vom Hundert ist die Anzahl gleich der Höchstzahl der Vertreter*innen der Studienfachschaften im Studierendenrat. Diese Höchstzahl ergibt sich, wenn jede der in Anhang B aufgeführten Studienfachschaften alle ihre Sitze nach § 19 Absatz 2 besetzt und keine Kooperationen existieren. Dazwischen wird linear interpoliert und kaufmännisch gerundet. Grundlage für die Berechnung der Größe der Studienfachschaften ist die zum Zeitpunkt der Auflegung des Wähler*innenverzeichnisses für die Wahl der Listenvertreter*innen aktuelle Studierendenstatistik der Universität.

(3) Gewählt wird mit offenen Listen. Jede*r Wahlberechtigte kann Stimmen auf die einzelnen Kandidaten*innen der Liste verteilen. Die Sitze werden auf die Listen nach dem Divisorverfahren mit Standardrundung (Sainte-Laguë) verteilt und innerhalb der Listen nach Anzahl der Stimmen der Kandidaten.

(4) Wer als Vertreter*in einer Studienfachschaft Mitglied im Studierendenrat ist, kann nicht für eine andere Studienfachschaft oder eine Liste kandidieren, wenn die laufende Amtszeit regulär über den Beginn der Amtszeit für die er*sie kandidiert, weitergehen würde. Es ist unzulässig, gleichzeitig bei einer Direktwahl als Fachschaftsvertreter*in und als Listenvertreter*in für den Studierendenrat zu kandidieren. Wer nach der Wahl für eine Fachschaft in den Studierendenrat entsandt wird, verliert seinen*ihren Listenplatz.

(5) Die Wahl findet im Sommersemester frühestens sechsundvierzig Wochen, spätestens achtundfünfzig Wochen nach der letzten Wahl statt. In begründeten Ausnahmefällen kann der Studierendenrat auf Vorschlag des Wahlausschusses und mit einer Mehrheit von zwei Dritteln diesen Zeitraum vergrößern. Die genauen Wahltage bestimmt der / die Vorsitzende des Wahlausschusses. Eine Zusammenlegung der Wahl zum Studierendenrat mit eventuell stattfindenden Urabstimmungen oder den Wahlen der akademischen Selbstverwaltung soll angestrebt werden.

(6) Die Wahl und die erste darauffolgende Sitzung des Studierendenrates mit den neu gewählten Listenvertreter*innen finden in der Vorlesungszeit statt.

(7) Näheres bestimmt die Wahlordnung.

§ 21 Vertretung von stimmberechtigten Mitgliedern

(1) Im Fall einer direkten Wahl von Vertreter*innen für Studienfachfachschaften gilt:

Es sind bei einer direkten Wahl die Bewerber*innen, die keinen Sitz erhalten haben, in absteigender Reihenfolge der Stimmen zur Stellvertretung berufen. Ist die Zahl der Stellvertreter*innen erschöpft, ist das Hinzuziehen weiterer Stellvertreter*innen nicht zulässig; die Studienfachschaftssatzung kann die Wahl weiterer Stellvertreter*innen nach Absatz 2 vorsehen.

(2) Im Fall von Entsendung von Vertreter*innen für Studienfachfachschaften gilt: Die Studienfachschaft entsendet Mitglieder und Stellvertreter*innen in den Studierendenrat. Bei der Entsendung wird eine Reihenfolge festgelegt. Ist die Zahl der Stellvertreter erschöpft, ist das Hinzuziehen weiterer Stellvertreter*innen nicht zulässig.

(3) Bei Kooperationen werden Regelungen der Absätze 1 und 2 entsprechend angewandt, wenn die Kooperationsvereinbarung nichts Anderes bestimmt.

(4) Im Fall von gewählten Listenvertreter*innen, gilt:

Diejenigen Bewerber*innen eines Listenvorschlags, die keinen Sitz erhalten haben, sind in absteigender Reihenfolge der Stimmen zur Stellvertretung berufen. Ist die Liste erschöpft, ist das Hinzuziehen weiterer Stellvertreter*innen nicht zulässig.

- (5) Verhinderte Mitglieder und ggf. deren Stellvertreter*innen müssen
1. ihre Stellvertreter*innen frühzeitig unter Angabe des Sitzungstermins über ihre Verhinderung informieren. Sollten der/die nächste Stellvertreter*in auch verhindert sein, tut er/sie dies auch, solange bis die Liste abgearbeitet ist.
 2. die Sitzungsleitung frühzeitig, spätestens bis zur in der Geschäftsordnung genannten Frist vor Sitzungsbeginn, schriftlich darüber informieren, dass sie verhindert sind. Die Sitzungsleitung kann nach Ermessen auch spätere Meldungen zulassen, wenn die Geschäftsordnung dies nicht anders regelt. Liegt keine Mitteilung über die Verhinderung vor, kann keine Vertretung erfolgen.

§ 22 Studierendensratssitzung

- (1) Jedes Mitglied der Studierendenschaft ist im Studierendensrat rede- und antragsberechtigt. Ausnahmen bestimmt die Geschäftsordnung.
- (2) Die Sitzungen des Studierendensrates sind grundsätzlich öffentlich, soweit gesetzliche Bestimmungen nicht entgegenstehen. Ausnahmen regelt die Geschäftsordnung.
- (3) Der Studierendensrat tagt während der Vorlesungszeit in der Regel alle zwei Wochen, mindestens jedoch einmal im Monat.
- (4) Alles Nähere bestimmt die Geschäftsordnung, die sich der Studierendensrat gibt.

§ 23 Sitzungsleitung

(1) Der Studierendenrat wählt in der ersten Sitzung einer Legislaturperiode für deren Dauer eine Sitzungsleitung. Spätere Wahlen für die restliche Amtszeit sind ebenso zulässig. Die Sitzungsleitung beruft die Sitzungen des Studierendenrats ein, bereitet diese vor und nach, wacht über die Einhaltung der Geschäftsordnung, übt während der Sitzung das Ordnungsrecht aus, dokumentiert die Beschlüsse und vertritt den Studierendenrat gegenüber den anderen Organen der Studierendenschaft. Zur Einberufung von Sitzungen ist sie zudem in den in der Geschäftsordnung näher bezeichneten Fällen, insbesondere auf Antrag einer qualifizierten Minderheit der Mitglieder oder der Referatekonferenz verpflichtet.

(2) Zur ersten Sitzung des Studierendenrats mit den neu gewählten Listenvertreter*innen lädt der Wahlausschuss ein. Diese findet zeitnah nach Beginn des auf die Wahl folgenden Wintersemesters statt. Mit dieser ersten Sitzung der neu gewählten Listenvertreter*innen beginnt die neue Legislaturperiode des Studierendenrats. Mit ihr endet die Amtszeit der vorherigen Listenvertreter*innen.

(3) Die Sitzungsleitung veranlasst, dass ein Protokoll verfasst wird, aus dem der wesentliche Verhandlungsgang, die Anträge, Beschlüsse und Ergebnisse ersichtlich sind. Das Protokoll ist auf angemessene Weise öffentlich zugänglich zu machen.

§ 24 Beschlussfähigkeit

- (1) Der Studierendenrat ist beschlussfähig, wenn die Mehrheit seiner ordentlich Stimmberechtigten (§ 18 Absatz 2 und 3) anwesend ist. Für Tagesordnungspunkte, die bereits einmal wegen Beschlussunfähigkeit vertagt wurden, ist der Studierendenrat in jedem Fall beschlussfähig. Darauf ist in der Einladung hinzuweisen.
- (2) Der Studierendenrat gilt als beschlussfähig, solange nicht auf Antrag eines Mitgliedes von der Sitzungsleitung das Gegenteil festgestellt wird.
- (3) Näheres bestimmt die Geschäftsordnung des Studierendenrats.

§ 25 Abwahl

- (1) Vom Studierendenrat gewählte Amtsträger*innen und Gremienmitglieder können von diesem mit einer absoluten Mehrheit abgewählt werden. Für die Abwahl von Mitgliedern der Schlichtungskommission bedarf es einer besonderen Begründung und einer Mehrheit von zwei Dritteln.
- (2) Im Falle des*der Finanzreferenten*in nach § 65 b Absatz 2 LHG muss die Abwahl mit einer Wiederbesetzung des Amtes verbunden sein.

VI Referate und Referatekonferenz (RefKonf)

§ 26 Referate

(1) Der Studierendenrat setzt Referate für einzelne Arbeitsbereiche ein. Diese arbeiten selbständig und unter eigener Verantwortung, führen in ihrem Aufgabenbereich die Beschlüsse des Studierendenrats aus und erstellen Beschlussvorlagen für denselben. Die Referate vertreten die Studierendenschaft in ihrem Aufgabenbereich in Hochschule und Gesellschaft. Alle Referate, mit Ausnahme des Finanz- und Haushaltsreferates sowie der Autonomen Referate, können jederzeit vom Studierendenrat mit absoluter Mehrheit aufgelöst werden.

(2) Für jedes Referat wählt der Studierendenrat maximal vier Referent*innen aus der Studierendenschaft für eine Amtszeit von einem Jahr. § 27 Absatz 1 bleibt unberührt. Er kann die Maximalzahl für einzelne Referate nach Zweckmäßigkeit herabsetzen oder in Einzelfällen mit besonderer Begründung heraufsetzen.

(3) Grundsätzlich arbeiten die Referate offen und bieten allen Interessierten die Möglichkeit zur Mitwirkung.

(4) Die Referent*innen sind an die Beschlüsse des Studierendenrates gebunden. Existiert zu einer relevanten Fragestellung kein Beschluss des Studierendenrates, so führen die Referent*innen einen solchen herbei.

(5) Kann in dringenden Fällen kein Beschluss im Studierendenrat eingeholt werden, so vertreten die Referate den Studierendenrat nach bestem Wissen und Gewissen auf Grundlage der bisherigen Beschlüsse und Diskussionen. Der Studierendenrat ist hierüber zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu informieren.

(6) Der Studierendenrat stellt den Referaten Finanzmittel und Ressourcen für die Erfüllung ihrer Tätigkeit zur Verfügung. Näheres regelt insbesondere die Finanzordnung.

(7) Für die Arbeit in seinem Bereich darf ein Referat selbstständig Ausgaben bis zu einer in der Finanzordnung festgelegten Grenze tätigen. Getätigte Ausgaben müssen bis spätestens drei Monate nach Tätigkeit (im Quartalsbericht) bekannt gemacht werden. Finanzbeschlüsse sind monatlich bekannt zu machen.

(8) Ist ein Referat unbesetzt und gibt es auch keine kommissarische Amtsführung bisheriger Referent*innen, so nimmt die Referatekonferenz die Aufgaben des Referats wahr und teilt sie unter ihren Mitgliedern auf beziehungsweise delegiert sie.

§ 27 Finanz- und Haushaltsreferat

(1) Die Studierendenschaft richtet dauerhaft ein Referat ein, welches für die Finanz-, Wirtschafts- und Haushaltsangelegenheiten der Studierendenschaft zuständig ist. Das Referat wird besetzt mit:

1. dem*der Finanzreferent*in nach § 65 b Absatz 2 LHG;
2. auf Beschluss des Studierendenrates ggf. einem*einer weiteren Referent*in, der*die zusammen mit der Person nach Nummer 1 die Aufgaben des Referates übernimmt, ausgenommen der Aufgaben, die rechtlich dem*der Finanzreferent*in nach § 65 b Absatz 2 LHG vorbehalten sind.

(2) Das Referat arbeitet insbesondere mit der*dem Beauftragte*n für den Haushalt gemäß § 65 b Absatz 2 LHG und den Finanzverantwortlichen der Studienfachschaften zusammen.

(3) Die Referent*innen sind gegenüber dem Studierendenrat rechenschaftspflichtig und den Mitgliedern der Referatekonferenz auskunftspflichtig.

§ 28 Vorsitz der Verfassten Studierendenschaft

- (1) Der Studierendenrat wählt in der dritten Sitzung jeder Legislaturperiode zwei Mitglieder der Studierendenschaft verschiedenen Geschlechts als Vorsitzende der Studierendenschaft. Sie müssen beide unbeschränkt geschäftsfähig und zur tatsächlichen Führung der Amtsgeschäfte im Stande sein.
- (2) Die Vorsitzenden leiten die Referatekonferenz als das exekutive Kollegialorgan der Studierendenschaft (§ 65 a Absatz 3 Satz 4 und 5 LHG). Sie bereiten die Sitzungen vor und nach und koordinieren die Umsetzung der Beschlüsse.
- (3) Die Vorsitzenden vertreten die Studierendenschaft gemäß § 65 a Absatz 3 Satz 5 LHG gemeinschaftlich als deren gesetzliche Vertreter-*innen und nehmen die damit verbundenen Leitungsaufgaben in der Verwaltung der Studierendenschaft wahr. Im Innenverhältnis sind sie hierzu nur im Rahmen der Beschlüsse der zuständigen Organe ermächtigt.
- (4) Weitere Aufgaben fallen den Vorsitzenden nur zu, wenn sie ihnen durch Gesetz oder andere staatlichen Rechtsvorschriften oder durch Satzungen der Studierendenschaft ausdrücklich zugeschrieben werden.
- (5) Die Referatekonferenz wählt aus dem Kreis der Referenten einen ständigen Stellvertreter für den Vorsitzenden und aus dem Kreis der Referentinnen eine ständige Stellvertreterin für die Vorsitzende. Die Wahl erfolgt jeweils in der auf die Sitzung des Studierendenrates nach Absatz 1 Satz 1 folgenden Sitzung der Referatekonferenz. Die Entscheidung muss durch den Studierendenrat auf dessen nächster Sitzung bestätigt werden. Die Entscheidung hat vorläufige Wirkung, wenn sie außerplanmäßig in der vorlesungsfreien Zeit vorgenommen werden musste.

Ist der*die Vorsitzende aufgrund unvermeidbarer rechtlicher oder tatsächlicher Umstände außerstande, seinen*ihren Aufgaben nachzukommen, so werden die Aufgaben von seinem*ihrer Stellvertreter*in wahrgenommen. Die Feststellung trifft entweder der*die Vorsitzende selbst durch schriftliche Erklärung oder die Referatekonferenz durch besonders begründeten Beschluss mit einer Mehrheit von zwei Dritteln. Der*die Stellvertreter*in nimmt die Aufgaben ebenfalls wahr, wenn die Position des*der Vorsitzenden vakant ist.

Der Studierendenrat muss spätestens in seiner dritten Sitzung nach dieser Feststellung oder des Eintrittes der Vakanz eine*n neue*n Vorsitzende*n wählen, welche*r auch die*der bisherige Stellvertreter*in sein kann. Tut er dies nicht, darf die*der Stellvertreter*in die Aufgaben des*der Vorsitzenden nicht weiter wahrnehmen, es sei denn der Studierendenrat beschließt mit absoluter Mehrheit die Verlängerung der Frist.

(6) Sind sowohl die Position des Vorsitzenden und seines Stellvertreters bzw. der Vorsitzenden und ihrer Stellvertreterin vakant oder sind beide aufgrund unvermeidbarer rechtlicher oder tatsächlicher Umstände außerstande den Aufgaben nachzukommen, so übt der bzw. die verbliebene Vorsitzende das Amt bis zur Nachwahl der vakanten Position bzw. Ende der Verhinderung mit Alleinvertretungsrecht aus. Jedoch nur dann, wenn Referatekonferenz und Studierendenrat dies unter Angabe der zeitlichen Begrenzung jeweils mit einer Mehrheit von zwei Dritteln beschließen; andernfalls ruhen die Geschäfte bis zur Nachwahl eines* einer Vorsitzenden. Diese Bestimmung kann nicht so ausgelegt werden, dass einem*einer stellvertretenden Vorsitzenden Alleinvertretungsrecht erteilt werden kann.

(7) Sind beide Vorsitzende verhindert, die Sitzungen der Referatekonferenz zu leiten, bestimmt die Referatekonferenz im Einvernehmen mit den Vorsitzenden ein Referat, das die Leitung der Referatekonferenz übernimmt. Sind die Positionen beider Vorsitzenden vakant, so überträgt die Referatekonferenz ihren Vorsitz pro tempore auf ein Referat. Die Stellvertretung nach Absatz 5 findet auf die Leitung der Referatekonferenz keine Anwendung.

§ 29 Autonome Referate

- (1) Autonome Referate haben den Zweck, gesellschaftlich benachteiligten Studierenden zu ermöglichen, ihre Interessen nach dem Prinzip der Selbstvertretung wahrzunehmen und ihrer Benachteiligung in Hochschule und Gesellschaft entgegenzuwirken.
- (2) Ein autonomes Referat ist eine aktive Gruppe von Studierenden aus dem Kreis der Studierenden, die sich selbst bezüglich eines jeweiligen Kriteriums betroffen fühlen (Selbst- und Fremdzuschreibung) und den Studierendenrat und die Referatekonferenz über den Umgang damit beraten.
- (3) Es gibt autonome Referate für:
 1. Betroffene von geschlechtsspezifischer Diskriminierung,
 2. von Diskriminierung aus Gesundheitsgründen betroffene Studierende (autonomes Gesundheitsreferat),
 3. Betroffene von Rassismus und Diskriminierung aufgrund kultureller Zuschreibungen,
 4. Betroffene von sexualitätsbezogener Diskriminierung.
- (4) Auf Antrag von Betroffenen können weitere autonome Referate gegründet werden, indem sie in Absatz 3 hinzugefügt werden.
- (5) § 26 Absatz 6 und 7 gelten entsprechend.

(6) Das autonome Referat hat das ausschließliche Vorschlagsrecht für die Wahl seiner Referent*innen im Studierendenrat. Sollte der Fall eintreffen, dass nach zwei aufeinander folgenden Vorschlägen keine*r vom Studierendenrat bestätigt werden, wird der Fall der Schlichtungskommission vorgetragen.

(7) Das autonome Referat regelt seine Angelegenheiten selbst und gibt sich eine Geschäfts- und Wahlordnung.

§ 30 Referatekonferenz (RefKonf)

(1) Die regelmäßige Zusammenkunft aller Referent*innen (auch der autonomen Referate) und der Vorsitzenden der Studierendenschaft ist die Referatekonferenz (RefKonf). Sie ist das exekutive Kollegialorgan nach § 65 a Absatz 3 Satz 3 LHG.

(2) Der*die Vertreter*in der VS im Senat und die Mitglieder der Sitzungsleitung des Studierendenrats gehören ebenfalls der Referatekonferenz an.

(3) Die Referatekonferenz ist ausschließlich für Angelegenheiten der „Exekutiven“ zuständig, die sinnvoll nur von der gesamte „Exekutiven“ behandelt werden können, über die zwischen mehreren zuständigen Referaten eine Meinungsverschiedenheit besteht, wenn ein Gesetz, eine andere Rechtsvorschrift, eine Satzung der Studierendenschaft oder der Studierendenrat dies ausdrücklich vorsehen, wenn eine Angelegenheit von grundsätzlicher oder weittragender Bedeutung ist und im Ausnahmefall dann nicht der Studierendenrat zuständig sein sollte oder bei Angelegenheiten der Mitarbeiter, die nicht zum Tagesgeschäft der Vorsitzenden gehören. In jedem Fall achtet sie dabei aber auf die Eigenständigkeit und Zuständigkeit der einzelnen Referate und die Zuständigkeit des Studierendenrats. Ferner dient sie dem Austausch unter den Referenten*innen und Vorsitzenden.

(4) Die Referatekonferenz ist ermächtigt, Entscheidungen zu treffen, die dem Studierendenrat zustehen, wenn nicht absehbar ist, dass dieser rechtzeitig und beschlussfähig zusammentritt und die Angelegenheit unaufschiebbar ist. Dazu zählt insbesondere die Wahl von Interimsvertreter*innen in Gremien außerhalb der Studierendenschaft (§ 17 Absatz 2 Nummer 2, 4 und 5), die Entscheidung über die Unterstützung studentischer Gruppen (§ 17 Absatz 2 Nummer 8) oder das Abgeben von Stellungnahmen (§ 17 Absatz 2 Nummer 7); § 26 Absatz 5 gilt entsprechend. In keinem Fall zählen dazu Angelegenheiten nach § 17 Absatz 2 Nummer 1 und 3, Absatz 3, Absatz 4 und § 6 Absatz 1 Nummer 1. Über das Vorhaben ist vorab oder in der Sitzung die Sitzungsleitung des Studierendenrats in Kenntnis zu setzen; widerspricht sie, so hat die Referatekonferenz den Beschluss zu unterlassen.

- (5) Wenn die Referatekonferenz beschlussfassend tätig wird, besitzt
1. bei Verfahrens- und Geschäftsordnungsangelegenheiten jedes Mitglied (Absatz 1 und 2) eine Stimme,
 2. in allen Angelegenheiten, die über Verfahrens- und Geschäftsordnungsangelegenheiten hinausgehen (ordentliche Stimme) jedes Referat, ausgenommen der autonomen Referate, und der Vorsitz eine Stimme. Kommt es unterer den Referent*innen eines Referates oder unter den Vorsitzenden zu keiner Einigung über die Stimmabgabe, so ist die Stimme als Enthaltung zu zählen.

(6) Beschlüsse der Referatekonferenz oder der Referate können auf Antrag von drei ordentlich stimmberechtigten Mitgliedern des Studierendenrats mit absoluter Mehrheit im Studierendenrat aufgehoben werden. Ein solcher Antrag ist spätestens in der zweiten Sitzung des Studierendenrates nach vorläufiger Veröffentlichung des Beschlusses einzureichen.

Handelt es sich um Finanzbeschlüsse, ist deren nachträgliche Aufhebung nur möglich, sofern der Beschluss noch nicht abgerechnet wurde und der/die Begünstigte noch keine Leistungen in Erwartung auf die Unterstützung getätigt hat.

(7) Die Sitzungen der Referatekonferenz sind grundsätzlich öffentlich, soweit gesetzliche Bestimmungen nicht entgegenstehen. Ausnahmen regelt die Geschäftsordnung der RefKonf.

(8) Alles Nähere bestimmt die Geschäftsordnung, die sich die Referatekonferenz gibt. Absatz 6 gilt entsprechend.

VII Schlichtungskommission (SchliKo)

§ 31 Aufgaben

(1) Die Schlichtungskommission ist zuständig:

1. wenn Vorwürfe erhoben werden, die Studierendenschaft habe in einem konkreten Einzelfall ihre Aufgaben nach § 65 Absätze 2 bis 4 LHG überschritten,
2. bei Kompetenzstreitigkeiten zwischen Organen und Gremien der Studierendenschaft,
3. bei Einsprüchen gegen die Ordnungsmäßigkeit von Sitzungen der Organe der Verfassten Studierendenschaft. Dies umfasst insbesondere Einsprüche gegen die ordnungsgemäße Einberufung dieser Sitzungen,
4. in einem Fall nach § 29 Absatz 7,
5. bei Uneinigkeit über das Vorliegen einer grundsätzlichen Angelegenheit nach § 8 Absatz 2,
6. in allen weiteren Fällen, die ihr durch Satzungen der Studierendenschaft zugewiesen werden.

- (2) Als Wahlprüfungsausschuss ist die Schlichtungskommission zuständig:
1. über die Anfechtung von Wahlen und Urabstimmungen zu entscheiden,
 2. die Unterschriftenliste für Urabstimmungen zu überprüfen,
 3. in allen weiteren Fällen, die ihr durch die Wahlordnung zugewiesen werden.

§ 32 Zusammensetzung

- (1) Die Schlichtungskommission besteht aus sechs Mitgliedern, die keinem anderen zentralen Organ der Studierendenschaft angehören. Die Schlichtungskommission soll aus drei Männern und drei Frauen, bestehen.
- (2) Die Mitglieder der Schlichtungskommission werden vom Studierendenrat mit einer Mehrheit von zwei Dritteln gewählt.
- (3) Zur Konstituierung der Schlichtungskommission sind drei Mitglieder notwendig. Sollte die Schlichtungskommission nur noch zwei Mitglieder haben, ist sie aufgelöst; eine Neuwahl ist umgehend anzusetzen.

§ 33 Organisation und Ablauf

- (1) Die Schlichtungskommission hat jederzeit Überparteilichkeit zu wahren.
- (2) Die Schlichtungskommission tritt nach Anrufung während der Vorlesungszeit innerhalb von zwei Wochen, während der vorlesungsfreien Zeit innerhalb von vier Wochen zusammen.
- (3) Die Mitglieder der Schlichtungskommission haben das Recht, von Organen der Studierendenschaft die entsprechenden Informationen zu bekommen.
- (4) Auf Antrag eines* einer Verfahrensbeteiligten, der Referate-konferenz oder des betroffenen Mitglieds der Schlichtungskommission selbst kann festgestellt werden, dass ein Mitglied der Schlichtungskommission befangen ist. Über den Antrag entscheidet die Schlichtungskommission, wobei das betroffene Mitglied hierbei nicht stimmberechtigt ist. Ein solcher Antrag kann nur vor Beginn der Verhandlung gestellt werden. Durch die Feststellung der Befangenheit wird das Mitglied der Schlichtungskommission von der weiteren Sitzung zu dem entsprechenden Gegenstand ausgeschlossen. Auf gesonderten Antrag kann die Schlichtungskommission entscheiden, dem befangenen Mitglied lediglich das Stimmrecht zu entziehen und auf den Ausschluss von der Sitzung zu verzichten.
- (5) Die Schlichtungskommission ist beschlussfähig, wenn drei ihrer Mitglieder anwesend und stimmberechtigt sind. Die Beschlussfähigkeit muss jederzeit gegeben sein.
- (6) Erklärt die Schlichtungskommission eine Beschwerde für begründet, so trägt sie den entsprechenden Organen auf, sie zu beheben. Sie kann hierzu Vorschläge unterbreiten.

(7) Näheres über das Schlichtungsverfahren und die Arbeit der Schlichtungskommission regelt die Schlichtungsordnung. Sie bestimmt auch, welche Wirkung die Entscheidung der Schlichtungskommission hat, wann es sich um Empfehlungen oder bindende Entscheidungen handelt.

VIII Satzungen und Ordnungen der Studierendenschaft

§ 34 Allgemeines

(1) Die Studierendenschaft gibt sich im Rahmen und zur ordnungsgemäßen Erfüllung ihrer Aufgaben weitere Satzungen (§ 65 a Absatz 1 Satz 1 Halbsatz 2).

(2) Die Satzungen werden vom Studierendenrat nach den in diesem Abschnitt vorgesehenen Verfahren erlassen.

§ 35 Einbringen von Entwürfe

(1) Entwürfe für Satzungen können von jedem Mitglied der Studierendenschaft im Studierendenrat eingebracht werden. Besonders sind die zuständigen Referate und die betroffenen Fachschaften hierzu berufen.

(2) Änderungen der Studienfachschaftssatzungen (Anhand D zu dieser Organisationssatzung) können ausschließlich von der betroffenen Studienfachschaft eingebracht werden. Das zuständige Referat, die Referatekonferenz und der Studierendenrat können Studienfachschaften auffordern, einheitliche Vorgaben, Formen und dergleichen umzusetzen. Reicht die Studienfachschaft bis zur dritten Sitzung des Studierendenrats nach dieser Aufforderung keinen Entwurf ein, können auch andere Mitglieder der Studierendenschaft Entwürfe einreichen, um einheitliche Vorgaben, Formen und dergleichen umzusetzen.

(3) Die Geschäftsordnung des Studierendenrats kann weitere Anforderungen an die Entwürfe stellen und das Recht zur Einbringung im Bedarfsfall einschränken. Insbesondere sollen bereits im Voraus damit zusammenhängende Rechtsfragen geklärt und die zuständigen Organe innerhalb der Studierendenschaft, insbesondere die zuständigen Referate, einbezogen werden.

§ 36 Behandlung und Verabschiedung

Die Entwürfe werden vom Studierendenrat in dem durch seine Geschäftsordnung vorgeschriebenen Verfahren behandelt. Zum Beschluss einer Satzung ist die absolute Mehrheit erforderlich.

§ 37 Änderungen der Organisationssatzung

(1) Änderungen der Organisationssatzung können abweichend von den §§ 35 und 36 auch durch eine Urabstimmung beschlossen werden. In diesem Falle ist der Entwurf zwingend bereits vor der Abstimmung der Rechtsaufsicht zur Durchsicht zuzuleiten.

(2) Für Änderungen der Organisationssatzung und ihrer Anhänge durch den Studierendenrat ist eine Mehrheit von zwei Dritteln der ordentlich stimmberechtigten Mitglieder des Studierendenrats (§ 18 Absatz 2) notwendig (§ 45 findet insofern keine Anwendung). Zusätzlich muss bei einer Änderung der Organisationssatzung (Organisations-satzung ohne Anhänge) auf Antrag von zwei ordentlich stimmberechtigten Mitgliedern des Studierendenrates zusätzlich festgestellt werden, dass sowohl die einfache Mehrheit der abstimmenden Mitglieder nach § 18 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 (Fachschaftsvertreter*innen) als auch die nach § 18 Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 (Listenvertreter*innen) zustimmen.

§ 38 Genehmigung und Bekanntmachung

(1) Die beschlossenen Satzungen müssen vom Rektorat als Rechtsaufsicht genehmigt werden. Nach der Genehmigung sind sie zeitnah auf die gleiche Weise, wie die Satzungen der Universität bekannt zu machen.

(2) Jede Satzung soll den Tag ihres Inkrafttretens bestimmen. Fehlt eine solche Bestimmung, so tritt sie am Sonntag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

(3) Die Geschäftsordnungen der zentralen Organe der Studierendenschaft sind ebenfalls gemäß Absatz 1 bekannt zu machen. Die Bekanntmachung hat rein deklaratorische Wirkung.

§ 39 Neubekanntmachungen

(1) Das zuständige Referat ist ermächtigt, Satzungen und Geschäftsordnungen oder Teile davon, in ihrer jeweils geltenden Fassung wieder zu beschließen. Diese Satzungen sind sodann neu bekannt zu machen.

(2) Dabei können

1. Wendungen, Abkürzungen, Aufzählungen und ähnliches richtiggestellt und vereinheitlicht und offensichtliche Fehler verbessert werden,
2. Bezugnahmen auf andere Satzungen oder staatliche Rechtsvorschriften, die dem Stand der Satzung nicht mehr entsprechen, sowie sonstige Unstimmigkeiten richtiggestellt werden,
3. Bestimmungen, die durch spätere Satzungen oder staatliche Rechtsvorschriften aufgehoben oder sonst gegenstandslos geworden sind, als nicht mehr geltend festgestellt werden,
4. die Bezeichnungen der Paragraphen, Absätze und dergleichen bei Ausfall oder Einbau einzelner Bestimmungen entsprechend geändert und hierbei auch Bezugnahmen darauf entsprechend richtiggestellt werden.

(3) Die Absätze 1 und 2 sind auch anzuwenden, wenn die Rechtsaufsicht nach § 38 Absatz 1 Fehler bemängelt und diese Fehler so behoben werden können.

IX Finanzen

§ 40 Allgemeines

(1) Für die Finanzen der Studierendenschaft der Universität Heidelberg finden die für das Land Baden-Württemberg geltenden haushaltsrechtlichen Vorschriften, insbesondere die §§ 105 bis 111 LHO analog Anwendung.

(2) Das Haushaltsjahr der Studierendenschaft ist das Kalenderjahr.

(3) Der Haushalts- bzw. Wirtschaftsplan und die Bilanz werden allen Mitgliedern der Studierendenschaft zugänglich gemacht.

§ 41 Beiträge

(1) Zur Erfüllung der Aufgaben der Studierendenschaft werden von ihren Mitgliedern nach Maßgabe einer Beitragsordnung Beiträge erhoben (§ 65 a Absatz 5 LHG).

(2) Die Beiträge sind so zu bemessen, dass die Studierendenschaft ihre Aufgaben angemessen erfüllen kann und die sozialen Belange der Studierenden berücksichtigt werden (§ 65 a Absatz 5 LHG).

(3) Der Studierendenrat beschließt eine Beitragsordnung, in der die Beitragspflicht, die Beitragshöhe und die Fälligkeit der Beiträge geregelt sind.

(4) Die Beitragshöhe kann nur gleichzeitig mit dem Haushalts- bzw. Wirtschaftsplan festgelegt oder geändert werden. Der Beschluss muss dem Rektorat der Universität Heidelberg spätestens einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres zur Genehmigung vorgelegt werden.

(5) Die Erträge aus den Beiträgen werden nach in der Finanzordnung festgelegten Anteilen auf die zentrale Ebene (Studierendenrat, Referate et al.) und die dezentrale Ebene (Studienfachschaften) aufgeteilt. Der Anteil der Studienfachschaften beträgt maximal sechzig vom Hundert.

§ 42 Haushalts- bzw. Wirtschaftsplan

(1) Der Studierendenrat beschließt eine Finanzordnung, in der die Finanzplanung und -verteilung, die Haushalts-, Wirtschafts- und Kassenführung sowie die Rechnungslegung geregelt sind.

(2) Die*der Finanzreferent*in legt der Referatekonferenz bis spätestens 15. Oktober eines jeden Jahres einen Entwurf über den Haushalts- bzw. Wirtschaftsplan für das folgende Haushaltsjahr vor.

(3) Die*der Finanzreferent*in legt dem Studierendenrat bis spätestens 1. November des laufenden Haushaltsjahres einen Entwurf über den Haushalts- bzw. Wirtschaftsplan für das folgende Haushaltsjahr vor.

(4) Der Haushalts- bzw. Wirtschaftsplan wird bis spätestens 30. November eines jeden Jahres vom Studierendenrat beschlossen. Ein Haushaltsplan bedarf der Genehmigung durch das Rektorat der Universität (§ 65 b Absatz 6 LHG).

(5) Wird der Haushalts- bzw. Wirtschaftsplan nicht rechtzeitig beschlossen oder genehmigt, so ist die*der Finanzreferent*in ermächtigt, auf Grundlage des bisherigen Haushalts- bzw. Wirtschaftsplans Ausgaben zu leisten, die nötig sind,

1. um durch Satzung oder Beschluss vorgesehene Maßnahmen durchzuführen und Einrichtungen zu erhalten,
2. um die rechtlich begründeten Verpflichtungen der Studierendenschaft zu erfüllen.

Näheres bestimmt die Finanzordnung.

(6) Der Haushalts- bzw. Wirtschaftsplan muss für jedes Haushaltsjahr ausgeglichen sein.

(7) Außer- und überplanmäßige Ausgaben müssen durch einen Nachtragshaushalt vom Studierendenrat beschlossen werden.

(8) Die Gründung von und die Beteiligung an wirtschaftlichen Unternehmen bedarf zusätzlich der Zustimmung des Rektorats der Universität (§ 65 b Absatz 7 LHG).

(9) Die Referatekonferenz bestellt eine*n Beauftragte*n für den Haushalt, der*die die Befähigung für den gehobenen Verwaltungsdienst hat oder in vergleichbarer Weise über nachweisbare Fachkenntnisse im Haushaltsrecht verfügt. Sie/er kann auch Studierende*r der Universität Heidelberg sein (§ 65 b Absatz 2 LHG).

§ 43 Rechnungsprüfung

Der Vorsitz beauftragt zur Rechnungsprüfung eine fachkundige Person mit der Befähigung für den gehobenen Verwaltungsdienst, die nicht mit der*dem Beauftragten für den Haushalt identisch ist oder die Verwaltung der Hochschule mit ihrem Einvernehmen. Die Entlastung Haushalts- und Wirtschaftsführung der Studierendenschaft erteilt das Rektorat.

Anmerkung:

*Sofern Studienfachschaftssatzungen oder andere Satzungen der Studierendenschaft noch die Entlastung von gewählten Amtsträger*innen durch Organe der Studierendenschaft vorsehen, handelt es sich dabei um ein rein symbolischen Akt; sie entfaltet keinerlei rechtliche Wirkung.*

X Verfahrensregeln

§ 44 Grundsätze der Wahlen und Urabstimmungen

(1) Wahlen und Urabstimmungen der Studierendenschaft finden nach demokratischen Grundsätzen statt. Sie sind frei, gleich, allgemein und geheim. Wahlberechtigt sind grundsätzlich alle Mitglieder (§ 1 Absatz 1), ausgenommen derer nach § 60 Absatz 1 Satz 5 LHG.

(2) Die Einhaltung demokratischer Regeln ist durch eine geeignete Organisationsweise zu gewährleisten. Verantwortlich für die Einhaltung demokratischer Regeln bei Wahlen und Urabstimmungen ist ein vom Studierendenrat gewählter Wahlausschuss (§ 3 Absatz 1 Nummer 4). Er wird bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben von den Studienfachschaften, insbesondere von deren Fachschaftsräten, unterstützt. Unmittelbar nach Abschluss der Wahl oder Urabstimmung ermittelt der zuständige Ausschuss das Ergebnis und hält es in einer Niederschrift fest, die dem Studierendenrat und der Schlichtungskommission vorgelegt werden muss. Außerdem sorgt er für die unverzügliche Bekanntmachung des Ergebnisses. Die Schlichtungskommission übernimmt die Aufgaben der Wahlprüfung.

- (3) Wahlen und Urabstimmungen müssen, sofern die Wahlordnung keine längeren Fristen vorsieht, mindestens vier Wochen vor Stattfinden bekannt gemacht werden.
- (4) Bekanntmachungen von Wahlen und Urabstimmungen sind vom Wahlausschuss öffentlich innerhalb der Universität Heidelberg auszuhängen sowie im Falle von universitätsweiten Wahlen auf der Website der Studierendenschaft zu veröffentlichen. Bei universitätsweiten Wahlen und Urabstimmungen ist mindestens ein Aushang an zentraler Stelle jeder Fakultät erforderlich.
- (5) Jedes Mitglied der Studierendenschaft kann eine Wahl oder Urabstimmung bei der Schlichtungskommission innerhalb einer Frist von einundzwanzig Tagen ab der Bekanntmachung des Ergebnisses schriftlich anfechten. Erklärt die Schlichtungskommission die Wahl oder Urabstimmung für ungültig, so ist eine Wiederholung unverzüglich auszuschreiben.
- (6) Universitätsweite Wahlen und Urabstimmungen finden während der Vorlesungszeit an direkt aufeinander folgenden Werktagen statt und erstrecken sich über mindestens drei Vorlesungstage.
- (7) Für universitätsweite Wahlen und Urabstimmungen muss es an den Universitätsstandorten Altstadt, Bergheim, Neuenheimer Feld und Mannheim jeweils mindestens ein Wahllokal geben.
- (8) Näheres bestimmt die Wahlordnung.

§ 45 Beschlussfassung innerhalb der Verfassten Studierendenschaft

- (1) Sofern nicht anders bestimmt ist, werden Beschlüsse mit einfacher Mehrheit gefasst. Erhält ein Antrag keine Mehrheit, gilt er als abgelehnt.
- (2) Die einfache Mehrheit ist erreicht, wenn die Zahl der abgegebenen Ja-Stimmen, die der Nein-Stimmen übersteigt.
- (3) (Die Bestimmung, wonach eine Mehrheit an Enthaltungen ebenfalls zu einer Ablehnung führt, ist aufgehoben.)
- (4) Die absolute Mehrheit ist erreicht, wenn die Zahl der abgegebenen Ja-Stimmen die Hälfte der abgegebenen Stimmen übersteigt.
- (5) Die zwei Drittel Mehrheit ist erreicht, wenn die Zahl der abgegebenen Ja-Stimmen zwei Drittel der abgegebenen Stimmen erreicht.
- (6) Als Anzahl der abgegebenen Stimmen gilt die Summe aus Ja-Stimmen, Nein-Stimmen und Enthaltungen.

§ 46 Wählbarkeit, Unvereinbarkeiten und Wiederwahl

- (1) Wählbar sind grundsätzlich alle Mitglieder (§ 1 Absatz 1), ausgenommen derer nach § 60 Absatz 1 Satz 5 LHG. Unvereinbarkeiten oder sonstige Einschränkungen bestehen nur, sofern sie ausdrücklich festgeschrieben sind. Bei Wahlen zum Fachschaftratsrat und gegebenenfalls weiteren Ämtern der Studien- oder Fakultätsfachschaften gelten die Beschränkungen gemäß § 13 Absatz 2 Satz 2.
- (2) Niemand kann in mehreren Referaten Referent*in sein oder Referent*in und zugleich Vorsitz der Studierendenschaft. Niemand kann zugleich Referent*in bzw. Vorsitzende*r der Studierendenschaft und zugleich Mitglied der Sitzungsleitung des Studierendenrates sein. Die Mitgliedschaft in der Schlichtungskommission ist mit einem Amt in jedem anderen zentralen Organ der Studierendenschaft unvereinbar.
- (3) Ämter in der Studierendenschaft werden – sofern nicht ausdrücklich etwas anders bestimmt ist - auf ein Jahr gewählt. Wiederwahl ist möglich. Insgesamt sollte die Dauer in einem Amt jedoch vier Jahre nicht überschreiten. Ausnahmen sind besonders zu begründen.

§ 47 Ausscheiden

- (1) Ein Mitglied scheidet am Ende seiner Amtszeit regulär aus einem Organ aus. Bleibt ein Amt unbesetzt, bleibt das bisherige Mitglied kommissarisch im Amt, sofern keine anderen Regelungen getroffen sind.
- (2) In folgenden Fällen scheidet ein Mitglied aus einem Organ vorzeitig aus:
1. durch Exmatrikulation oder wenn es seine Wählbarkeit aus anderen Gründen verliert,
 2. durch Rücktritt, der bei zentralen Organen den Vorsitzenden der Studierendenschaft schriftlich zu erklären ist. Bis eine Nachfolge gewählt ist, bleibt das Mitglied geschäftsführend im Amt,
 3. bei Auflösung des Organs,
 4. wenn es aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr zur Ausübung seines Amtes mehr befähigt oder aus rechtlichen Gründen nicht mehr zur Ausübung des Amtes berechtigt ist,
 5. durch den Tod des Mitglieds.
- (3) Näheres bestimmt die Wahlordnung.

X Schlussbestimmungen

§ 48 Anhänge

Die vier Anhänge

- Anhang A: Konstitution der Studienfachschaften
- Anhang B: Liste der Studienfachschaften
- Anhang C: Studienfachschaftsregelmodell
- Anhang D: Abweichende Regelungen für Studienfachschaften, mit den Satzungen der einzelnen Studienfachschaften

sind ein integraler Bestandteil dieser Organisationssatzung.

§ 49 Inkrafttreten

Diese Neufassung der Organisationssatzung tritt am ersten Tage des Monats Mai im Jahre zweitausendundneunzehn in Kraft, zugleich treten die bisherige Fassung und alle entgegenstehenden Bestimmungen außer Kraft.

Anhang A: Konstitution der Studienfachschaften (Studienfachschaftskonstitutionsanhang - SFKA)

§ 1 SFKA Konstitution der Studienfachschaften

(1) Der Wahlausschuss ruft unverzüglich mit dem Beschluss der Gründung, Vereinigung oder grundlegenden Neugliederung von Studienfachschaften die Mitglieder der (neuen) Studienfachschaft(en) auf, bis zu einem Stichtag Anträge auf Abweichung vom Studienfachschaftsregelmodell (Anhang C) einzureichen, die den Vorgaben des Abschnitt III der Organisationssatzung genügen. Der Stichtag sollte nicht früher als vier Wochen nach dem Aufruf liegen.

(2) Nach dem Stichtag wird eine studienfachschaftsweite Urabstimmung über die Anträge auf Abweichung vom Studienfachschaftsregelmodell für die Studienfachschaften durchgeführt. Der Studierendenrat kann auf die Urabstimmung verzichten, insbesondere wenn alle Fachschaftsräte der Studienfachschaften, die bisher für die betroffenen Studierenden zuständig waren, übereinstimmend einen Vorschlag annehmen. Andernfalls erlässt er die zur Durchführung der studienfachschaftsweiten Urabstimmung notwendigen Bestimmungen.

(3) Ist die Urabstimmung über einen Antrag auf Abweichung vom Studienfachschaftsregelmodell erfolgreich, wird er dem Studierendenrat vorgelegt, der über eine entsprechende Satzung abschließend entscheidet. Die abweichenden Regelungen werden in Anhang D aufgeführt.

(4) Liegen keine Vorschläge für abweichende Regelungen der Studienfachschaft vor oder wird kein Vorschlag angenommen, so gilt für die Studienfachschaft das Regelmodell (Anhang C).

(5) Der Wahlausschuss führt die erste Wahl zum Fachschaftsrat durch. Die Amtszeit neu gewählter Fachschaftsratsmitglieder beginnt unverzüglich. Gegebenenfalls ist durch den Studierendenrat eine verkürzte oder verlängerte der ersten Amtszeit vorzusehen, um die Amtszeiten den Amtszeiten der übrigen Fachschaftsräte anzugleichen.

(6) Einer neu gegründeten Studienfachschaft ist es unverzüglich möglich nach ihrem Wahlverfahren Vertreter*innen in den Studierendenrat zu entsenden. Neugegründete Studienfachschaften gelten im ersten Semester, in dem sie Vertreter*innen in den StuRa entsenden können, als aktiv.

§ 2 SFKA Änderung der Liste der Studienfachschaften in Anhang B

(1) Bei einer Änderung der Liste der Studienfachschaften in Anhang B ist zu gewährleisten, dass die neue Regelung alle Studierenden mindestens einer Studienfachschaft zuordnet.

(2) Ist eine Studienfachschaft nicht Teil einer Neugründung, Vereinigung oder grundlegenden Neugliederung (§ 1 SFKA) so endet bei einer Änderung des Anhangs B die Amtszeit der Vertreter*innen der betroffenen Studienfachschaft(en) im Studierendenrat sowie des betroffenen Fachschaftsrats / der betroffenen Fachschaftsräte erst am Ende ihrer regulären Amtszeit.

(3) Sofern Studienfachschaften neu gegründet, vereinigt oder neu gegliedert werden, gilt § 1 SFKA. Über eventuelle Abgrenzungsschwierigkeiten entscheidet der Studierendenrat.

Anhang B: Liste der Studienfachschaften (Studienfachschaftslistenanhang)

Die Ziffern und Namen in den Klammern hinter dem jeweiligen Studienfachschafftsnamen bezeichnen die zugeordneten Studiengänge nach der Studierendenstatistik der Zentralen Universitätsverwaltung.

1. Ägyptologie (1, 15, 886) (Ägyptologie, Papyrologie),
2. Alte Geschichte (272, 2722, 2725, 2724) (Alte Geschichte),
3. American Studies (838) (American Studies),
4. Anglistik (8, 835, 8357, 8352, 8355, 8354, 836, 837, 83, 97, 9222, 9232, 9242) (Englische Philologie, English Studies/Anglistik)
5. Assyriologie (821, 8217, 8215, 8214, 9147) (Assyriologie),
6. Byzantinische Archäologie und Kunstgeschichte (830, 8302, 8305, 8304) (Byzantinische Archäologie und Kunstgeschichte),
7. Biologie (26, 933, 881, 843) (Biologie, Biowissenschaften, Molecular Biosciences),
8. Chemie - Biochemie (32, 25) (Chemie, Biochemie),
9. Computerlinguistik (160, 1607, 1602, 1605, 1604, 927) (Computerlinguistik),
10. Deutsch als Fremdsprache (826, 8267, 827, 8272, 828, 8282, 901, 9017, 9012, 9015, 9014, 939, 940, 950) (Deutsch als Fremdsprachenphilologie, Deutsch als Zweitsprache, Germanistik im Kulturvergleich),
11. Erziehung und Bildung (52, 868, 890, 920, 9202, 9205, 9204, 190) (Berufs- und Organisationsbezogene Beratungswissenschaft, Bildungswissenschaft, Pädagogik/Erziehungswissenschaft.),
12. Ethnologie (173, 1737, 1732, 1734) (Ethnologie),
13. Geographie (50, 502, 505, 504, 892, 9112, 9115) (Geographie, Governance of Risk and Resources),
14. Geowissenschaften (39, 65, 111) (Geowissenschaften),
15. Germanistik (67, 672, 675, 674, 929) (Germanistik, Editions-wissenschaften und Textkritik),

16. Gerontologie & Care (863, 864, 867, 9676) (Gerontologie, Gesundheit und Care, Gesundheit und Gesellschaft[Care], Gerontologie),
17. Geschichte (68, 687, 682, 685, 684, 273, 2735, 2734, 840, 842, 8422, 918, 935) (Mittlere und Neue Geschichte, Osteuropäische Geschichte, Deutsch-Französischer Master in Geschichtswissenschaften, Global History, Historische Grundwissenschaften),
18. Informatik (79, 879, 889) (angewandte Informatik, Informatik),
19. Islamwissenschaft (81, 883, 884, 8857, 8852, 8854, 930) (Iranistik, Islamic Studies/Islamwissenschaft, Nah- und Mitteloststudien),
20. Japanologie (85, 853, 8537, 8532, 8534) (Japanologie, Ostasienswissenschaften Schwerpunkt Japanologie),
21. Jura (135, 873, 874, 8732, 932) (International Law [LL.M.], öffentliches Recht, Rechtswissenschaft [inkl. Legum Magister], Unternehmensstrukturierung [LL.M.]),
22. Klassische Archäologie (831, 8317, 8312, 8315, 8314, 8347, 12N, 849) (Klassische Archäologie, Geoarchäologie),
23. Klassische Philologie (70, 95, 912, 9122, 9125, 9124, 913, 9132, 9135, 9134, 951) (Klassische Philologie: Gräzistik, Klassische Philologie: Latinistik, Klassische und Moderne Literaturwissenschaft),
24. Kunstgeschichte (Europäische) (92, 927, 922, 924, 915) (Europäische Kunstgeschichte [inkl. BA int. Verlaufsvariante], Kunstgeschichte und Museologie),
25. Mathematik (105, 875, 934) (Mathematik, Scientific Computing),
26. Medizin Heidelberg (247, 804, 806, 869, 871, 876, 878, 887, 949, 893, 895) (Advanced Physical Methods ind Radiotherapy, Clinical Medical Physics, International Health, Interprofessionelle Gesundheitsversorgung, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Medical Biometry/Biostatistics, Medical Education, Humanmedizin, Medizinische Informatik, Scientarum Humanarum, Versorgungsforschung und Implentierungswissenschaft im Gesundheitswesen),
27. Medizin Mannheim (805, 877, 938, 945, 946) (Biomedical Engineering, Health Economics, Medical Physics with distinction in Radiotherapy and Biomedical optics, Humanmedizin, Translational Medical Research),

28. Mittellatein/Mittelalterstudien (818, 917) (Lateinische Philologie des Mittelalters und der Neuzeit, Mittelalterstudien),
29. Molekulare Biotechnologie (802, 803) (Molekulare Biotechnologie),
30. Musikwissenschaft (114, 1147, 1142, 1145, 1144) (Musikwissenschaft),
31. Osteuropastudien (8447, 8442, 8445, 8444) (Osteuropa-Ostmittel-europastudien),
32. Ostasiatische Kunstgeschichte (850, 8502, 853, 8537, 8532, 8534) (Kunstgeschichte Ostasiens, Ostasienwissenschaften Schwerpunkt Kunstgeschichte),
33. Pharmazie (126) (Pharmazie),
34. Philosophie (127, 1277, 1272, 1275, 1274, 9217) (Philosophie),
35. Physik (14, 128, 888) (Astronomie und Astrophysik, Physik, technische Informatik),
36. Politikwissenschaft (129, 1297, 1292, 1295, 1294, 882, 931, 829) (Politikwissenschaft, Politikwissenschaften/Wirtschaftswissenschaften, Non-Profit Management und Governance),
37. Psychologie (132, 1322) (Psychologie),
38. Religionswissenschaft (136, 1367, 1362, 1364) (Religionswissenschaft),
39. Romanistik (59, 84, 137, 150, 855, 856, 896, 897, 899, 904, 9047, 9042, 9045, 9044, 905, 9057, 9052, 9055, 9054, 906, 9067, 9062, 9065, 9064, 9072, 9075, 9074, 9082, 9084, 9092, 9095, 9094, 9102, 948, 9482) (Romanische Philologie, Romanistik: Französisch, Transkulturelle Studien. Literaturen und Sprachkontakte im frankophonen Raum, Romanistik: Italienisch, Italien im Kontakt – Literatur, Künste, Sprachen, Kulturen, Romanistik: Portugiesisch, Romanistik: Spanisch, Ibero-amerikanische Studien. Kontakt – Theorien und Methoden),
40. Semitistik (820, 8202, 8205, 8204) (Semitistik),
41. Sinologie (145, 1452, 858, 860, 861, 916, 853, 8537, 8532, 8534) (Klassische Sinologie, Moderne Sinologie, Sinologie [Chinese Studies], Ostasienwissenschaften Schwerpunkt Sinologie),
42. Slavistik (139, 146, 964, 1467, 1462, 1465, 1464, 865, 8652, 8654, 866, 8665, 8664) (Slavistik, Slavische und Osteuropäische Studien),
43. Soziologie (149, 1492) (Soziologie),

44. Sport (29, 295, 872, 898, 9377, 947) (Sportwissenschaft, Sportwissenschaft mit Schwerpunkt Prävention und Rehabilitation),
45. Südasienwissenschaften (Fachschaft am SAI) (841, 8412, 8415, 8414, 845, 846, 852, 8527, 8522, 8524, 902, 9022, 9025, 9024, 903, 9032, 9035, 9034, 926, 851, 969) (Kommunikation, Literatur und Medien in Südasiaten Neusprachen, Neuere Sprachen und Literaturen Südasiens [Moderne Indologie], Kultur und Religionsgeschichte Südasiens [Klassische Indologie], Health and Society in South Asia, Politikwissenschaft Südasiens),
46. Theologie (Evangelische) (53, 161, 848, 859, 862, 925, 928, 73, 9252, 9255, 9254, 900, 854) (Christentum und Kultur, Diakoniewissenschaft, Diakonie- Führungsverantwortung in christlich-sozialer Praxis, Doctor of Philosophy PhD, Evangelische Theologie [alle Examen], Magister Theologiae, Management, Ethik und Innovation im Non-Profit-Bereich, Unternehmensführung im Wohlfahrtsbereich),
47. Transcultural Studies (891) (Transcultural Studies),
48. Ur- und Frühgeschichte/Vorderasiatische Archäologie (UFG/VA) (548, 5482, 5485, 5484, 832, 8327, 8322, 8325, 8324, 9197, 894) (Ur- und Frühgeschichte, Vorderasiatische Archäologie),
49. Übersetzen und Dolmetschen (Fachschaft am IÜD) (810, 811, 812, 813, 814, 815, 817, 822, 823) (Konferenzdolmetschen [alle Sprachen], Translation Studies for Information Technologies, Übersetzungswissenschaft [alle Sprachen],
50. Volkswirtschaftslehre (VWL) (175, 184, 880, 8802, 936) (Economics (Politische Ökonomik), Economics, Volkswirtschaftslehre),
51. Zahnmedizin (185) (Zahnmedizin).

1298

Universität Heidelberg
Mitteilungsblatt Nr. 15 / 2019
09.08.2019

Die aufgeführten Studiengänge enthalten folgende Abschlüsse:

Abschluss im Ausland

Bachelor 100 %

Bachelor 25 %

Bachelor 50 % 1. Hauptfach

Bachelor 50 % 2. Hauptfach

Bachelor 75 %

Bachelor 33 %

Bachelor 67 %

Promotion

Master

Magister

Staatsexamen

Lehramt Berufsschulen

Diplom

Ohne Abschlussprüfung

Nicht zugeordnete fakultätsunabhängige Studienangebote:

Propädeutikum, Studienkolleg, Vorsemesterkurs Deutsch.

Anhang C: Studienfachschaftsregelmodell (SFRM)

§ 1 SFRM Allgemeines

- (1) Die Studienfachschaft vertritt die Studierenden ihres Faches oder ihrer Fächer. Sie ist insbesondere für fachspezifische Fragen innerhalb der Zuständigkeit der Studierendenschaft nach § 2 der Organisationssatzung zuständig und entscheidet über diese Angelegenheiten eigenständig.

- (2) Die Zugehörigkeit zur Studienfachschaft ergibt sich aus der Liste in Anhang B der Organisationssatzung.

- (3) Die Studienfachschaft stellt in der Regel die studentischen Mitglieder der in ihrem Bereich arbeitenden Gremien der Universität. Sie unterstützt – im Rahmen ihrer Neutralität – die Aufstellung von Wahlvorschlägen zu direkt gewählten Gremien der akademischen Selbstverwaltung.

- (4) Organe der Studienfachschaft sind die Fachschaftsvollversammlung und der Fachschaftsrat.

§ 2 SFRM Fachschaftsvollversammlung

- (1) Die Fachschaftsvollversammlung ist die Versammlung der Mitglieder der Studienfachschaft.

- (2) Rede-, antrags- und stimmberechtigt sind alle anwesenden Mitglieder der Studienfachschaft.

- (3) Von jeder Sitzung ist ein Protokoll anzufertigen und öffentlich zugänglich zu machen.

- (4) Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit getroffen und sind bindend für den Fachschaftsrat.

- (5) Fachschaftsvollversammlungen müssen unverzüglich vom Fachschaftsrat einberufen werden:
 1. auf Antrag eines Drittels der Mitglieder des Fachschaftsrates oder
 2. auf schriftlichen Antrag von einem Hundertstel der Mitglieder der Studienfachschaft.

- (6) Die Einberufung einer Fachschaftsvollversammlung muss mindestens vier Tage vorher öffentlich und in geeigneter Weise ortsüblich bekannt gemacht werden.

§ 3 SFRM Fachschaftsrat

- (1) Der Fachschaftsrat wird in gleichen, direkten, freien und geheimen Wahlen gewählt. Es findet Personenwahl statt.

- (2) Der Fachschaftsrat hat fünf Mitglieder.

- (3) Gewählt sind die fünf Kandidierenden, die die meisten Stimmen erhalten, wobei jede*r Wahlberechtigte fünf Stimmen hat. Bei genau fünf oder weniger als fünf Kandidierenden, kann für oder gegen jeden Kandidierenden gestimmt werden und gewählt sind diejenigen, die mehr Ja-Stimmen als Nein-Stimmen erhalten. Im Übrigen gilt die Wahlordnung der Studierendenschaft.

- (4) Die Amtszeit der Mitglieder des Fachschaftsrats beträgt ein Jahr. § 47 der Organisationssatzung gilt entsprechend.

- (5) Der Fachschaftsrat vertritt die Interessen der Mitglieder der Studienfach-schaft und führt die Beschlüsse der Fachschaftsvollversammlung aus.

- (6) Zu den Aufgaben des Fachschaftrats gehören:
 1. Einberufung und Leitung der Fachschaftsvollversammlung,
 2. Ausführung der Beschlüsse der Fachschaftsvollversammlung,
 3. Führung der Finanzen, Bestimmung des / der Fianzverantwortlichen aus seiner Mitte,
 4. Beratung und Information der Studienfachschaftsmitglieder,
 5. Mitwirkung an der Lehrplangestaltung,
 6. Austausch und Zusammenarbeit mit den Mitgliedern des Lehrkörpers in den betroffenen Studiengängen.

§ 4 SFRM Kooperation und Stimmführung im Studierendenrat

(1) Die Studienfachschaft wählt ihre Vertreter*innen im Studierendenrat in allgemeiner, gleicher, freier und geheimer Wahl direkt durch ihre Mitglieder. Für das Wahlverfahren und die Durchführung der Wahl gilt die Wahlordnung der Studierendenschaft. § 3 Absätze 4 gilt entsprechend.

(2) Die Studienfachschaft kann sich nach § 14 der Organisationsatzung der Studierendenschaft mit anderen Studienfachschaften zu einer Kooperation zusammenschließen.

§ 5 SFRM Satzungsänderungen

Nach der Konstituierung der Studienfachschaft (SFKA) kann in der Regel das Studienfachschaftsregelmodell (Anhang C) nur noch auf einen von der Studienfachschaft an den Studierendenrat gerichteten Antrag hin durch eine eigene Studienfachschaftssatzung (Anhang D) ersetzt werden oder eine solche bestehende Studienfachschaftssatzung geändert werden. Der Antrag muss vom Fachschaftsrat mit einer Mehrheit von zwei Dritteln beschlossen werden.

Anhang D: Abweichende Regelungen für Studienfachschaften (ARS)

Studienfachschaften können beim Studierendenrat nach dem Studienfachschaftskonstitutionsanhang (Anhang A) vom Studienfachschaftsregelmodell (Anhang C) abweichende Regelungen beantragen. Diese werden hier aufgeführt:

1. Ägyptologie,
2. Alte Geschichte,
3. American Studies,
4. Anglistik,
5. Assyriologie,
6. Byzantinische Archäologie und Kunstgeschichte,
7. Biologie,
8. Chemie und Biochemie,
9. Computerlinguistik,
10. Deutsch als Fremdsprache,
11. Erziehung und Bildung,
12. Ethnologie,
13. Geographie,
14. Geowissenschaften,
15. Germanistik,
16. Gerontologie & Care,
17. Geschichte,
18. Informatik,
19. Islamwissenschaft,
20. Japanologie,
21. Jura,
22. Klassische Archäologie,
23. Klassische Philologie,

- 24. Kunstgeschichte (Europäische),
- 25. Mathematik,
- 26. Medizin Heidelberg,
- 27. Medizin Mannheim,
- 28. Mittellatein/Mittelalterstudien,
- 29. Molekulare Biotechnologie,
- 30. Musikwissenschaft,
- 31. Osteuropastudien,
- 32. Ostasiatische Kunstgeschichte,
- 33. Pharmazie,
- 34. Philosophie,
- 35. Physik,
- 36. Politikwissenschaft,
- 37. Psychologie,
- 38. Religionswissenschaft,
- 39. Romanistik,
- 40. Semitistik,
- 41. Sinologie,
- 42. Slavistik,
- 43. Soziologie,
- 44. Sport
- 45. Südasienwissenschaften (Fachschaft am SAI),

1305

Universität Heidelberg
Mitteilungsblatt Nr. 15 / 2019
09.08.2019

- 46. Theologie (Evangelische),
- 47. Transcultural Studies (891),
- 48. Ur- und Frühgeschichte/Vorderasiatische Archäologie (UFG/VA),
- 49. Übersetzen und Dolmetschen (Fachschaft am IÜD),
- 50. Volkswirtschaftslehre (VWL),
- 51. Zahnmedizin.

Heidelberg, den 24.04.2019

gez. Chiara Citro Leon P. Köpfler
Vorsitzende der Studierendenschaft

1306

Universität Heidelberg
Mitteilungsblatt Nr. 15 / 2019
09.08.2019

KONTAKT

Universitätsverwaltung
Gremien und Wahlen
Seminarstraße 2
69117 Heidelberg

Tel. +49 6221 54-12120
sandra.ott@zuv.uni-heidelberg.de